Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 16—31. Aug 385 000 M., durch die Post 385 000 M ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH Halle Leschenstraße 14 Fernruf 1045 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 65000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 400000 M. für Reklame, ansicht an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank Halle Postscheckkonto Leipzig 105848. Fritz Krab. Halle

Einzelpreis 50000 Mk. | **Freitag, den 31. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 203**

Die VSPD. kapituliert vor dem Faszismus

Sozialdemokratische Reichsexekutive gegen Sachsen

(Eig. Drahtm.) Dresden, 31. August.

Hier fand eine Konferenz von leitenden sozialdemokratischen Parteiführern mit dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner statt. Die sozialdemokratische Delegation wurde vom Parteivorsitzenden Wels geführt, der Zeigner aufforderte, sich mit aller Schärfe gegen die Kommunisten zu wenden. Es gehe nicht an, daß Sachsen die Kommunistische Partei weiter arbeiten lasse, wenn in Preußen, Hamburg, Württemberg und Bayern in schärfster Weise gegen die Kommunisten vorgegangen werde.

Zeigner gab bindende Zusicherungen, daß er sofort mit einem Unterdrückungsfeldzug gegen die Kommunisten vorgehen werde.

*

Die Exekutive des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung Stresemann gegen die bisher von den Kommunisten gestützte Regierung Zeigner ist das Resultat der Besprechungen, die kürzlich der Reichskanzler Stresemann mit dem Ministerpräsidenten der bayrischen Faszisten-Regierung Knilling hatte. Zum Besuche Stresemanns bei Knilling legte damals das offizielle Organ der bayrischen Regierung, die „Staatszeitung", in einem Artikel zur Begrüßung Stresemanns in Mittenwald ein hochtönendes Bekenntnis zur „Einheit des Reiches" ab. Wie dieses Bekenntnis aufzufassen war, legte das Blatt Knillings in zwei Sätzen dar: **„Innerpolitisch wird es vor allem darauf ankommen, daß es Stresemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite** (den Sozialdemokraten, d. Red.). **Wenn die Reichsregierung die Spuren des bayrischen Ministerpräsidenten wandeln werde, würde Deutschlands Not bald ein Ende haben."** In dem offiziellen Kommunique, daß tags darauf über die Besprechungen in Mittenwald herausgegeben wurde, hieß es alsdann:

„Im Vordergrund standen bezüglich der inneren Politik Erörterungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der augenblicklichen Notlage unverzüglich getroffen werden müßten. Dabei wurden in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt."

Das hallische „Volksblättchen" schrieb damals außerordentlich „weise": „Wir werden abwarten, wie sich die „grundsätzliche Uebereinstimmung" auswirken wird." Die Auswirkung ist jetzt in unzweideutiger und greifbarer Form da. Stresemann hat sich „gegen die andere Seite im Kabinett", gegen Hilferding, Sollmann, Robert Schmidt und Radbruch, durchgesetzt. Nicht allein die vier sozialdemokratischen Kartenkönige in der Reichsregierung, auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat **vor der bayrischen Faszisten-Regierung kapituliert.** Die Reichsregierung wandelt die „Spuren des bayrischen Ministerpräsidenten". Die Auflösung des Reichsausschusses und des Berliner Fünfzehner-Ausschusses der Betriebsräte, die Beschlagnahme der „Roten Fahne" die Verbote einer Reihe von kommunistischen Blättern und die Massenverhaftung von oppositionellen Betriebsräten und Funktionären der KPD., das alles sind die Methoden der Faszistendiktatur in Bayern, die im Reiche unter dem schönen von Hilferding erfundenen Namen „Diktatur der Mehrheit" geht.

Die Exekutive, die jetzt der Vorsitzende der VSPD. Wels mit, wie die „DAZ." triumphierend berichtet, „an leitender Stelle des Reiches stehenden Personen" durchgeführt hat, vervollständigen nur die Kapitulation vor dem bayrischen Faszismus. Auch Zeigner, die Regierung der „Links"sozialdemokraten, ist vor dem Faszismus zu Kreuze gekrochen. Mit dem „kommunistischen System" in Sachsen wird aufgeräumt. **Bayern ist im ganzen Reiche Trumpf!**

Welchen Sinn hat die offene Kapitulation der VSPD. vor dem Faszismus und die Zeigners vor den rechten Führern der VSPD? Die Sozialdemokratie, zu feige, den Kampf mit den Kapitalisten, den Großagrariern und ihren faszistischen Garden aufzunehmen, ist in die Große Koalition gegangen, um als die letzte Reserve der Bourgeoisie die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft zu retten. Die Sozialdemokraten glauben die „Einheit des Reiches" und sich selbst vor der offenen Faszistendiktatur zu retten, indem sie selbst eine Diktatur errichten, die trotz aller Phrasen und Schwindeleien von „drakonischen Maßnahmen" zur Gesundung der Finanzen im „Interesse der Mehrheit" nichts anderes als eine anonyme Diktatur der Faszisten ist.

Die „Diktatur der Mehrheit" ist die Faszistendiktatur mit sozialdemokratischer Etikette, sie wirkt sich aus als eine neue **Noskediktatur gegen das Proletariat!**

Die armen Schächer von Regierungssozialdemokraten glauben die Einheit des Reiches und die Bourgeoisie zu retten. Sie halten den Zerfall, den der Wirtschaft und des Reiches, nicht auf. Keine noch so brutale Schikanierung der KPD., ihrer Presse und des gegen den Hunger rebellierenden Proletariats gibt den Kapitalisten Veranlassung, auch nur die geringsten Leistungen für den bankrotten Staat aufzubringen. Sie sabotieren weiter. Die Ankündigungen der bayrischen Unternehmer und des Bauernführers Dr. Heim lassen keinen Zweifel darüber. Sie wollen den Lohnabbau, die Verlängerung der Arbeitszeit, die massenhafte Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, kurzum, die nackte brutale Faszistendiktatur. Das hungernde Proletariat aber ist längst ausgebeutet bis zum letzten, aus ihm ist nichts mehr herauszuschinden, wenn anders es nicht zur Rebellion getrieben werden soll.

Die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Faszismus schafft klare Bahn. Der Umfall der linkssozialdemokratischen Zeigner-Regierung wird die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter auch von den letzten Illusionen befreien. In dem Maße, in dem die neue Noskediktatur die Kommunistische Partei drangsaliert und die schaffenden hungernden Massen büttelt, werden die Massen der VSPD.-Arbeiter zur Kommunistischen Partei stoßen und unter ihrer Führung kämpfen, vielleicht nicht mehr für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung, sondern für die Beseitigung der Noskediktatur gegen das Proletariat und ihre Ersetzung durch die **Diktatur des Proletariats!**

*

Eine Landeskonferenz der proletarischen Abwehrformationen in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung)

Zwickau, 31. August.

Am 27. August tagte hier eine Konferenz der politischen und technischen Zentralleitungen der gemeinsamen Abwehrformationen von Zwickau-Plauen. Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse:

1. **Die Sitzung beschließt, sofortige Schritte einzuleiten, um in nächster Zeit eine Zusammenkunft aller politischen Bezirksleitungen der proletarischen Abwehrformationen von ganz Sachsen stattfinden zu lassen.**
2. **Die Landesorganisationen der VSPD. und KPD. werden aufgefordert, alle Vorarbeiten für eine Landeskonferenz der proletarischen Abwehrformationen zu treffen.**

*

Zwei neue Vorstöße gegen das Reich

Die bayrischen Unternehmer drohen mit Stillegung ihrer Betriebe

(Eig. Drahtm.) München, 30. August.

Der Bayrische Industriellen-Verband hat zur augenblicklichen Wirtschaftslage eine Erklärung erlassen, in der betont wird, daß die Maßnahmen der Reichsregierung eine Besserung der gegenwärtigen Lage nicht nur nicht erreichen, sondern eine Verschärfung des Zustandes herbeiführt wird. Die Hauptursache läge in der verminderten Arbeitsleistung des deutschen Volkes, im Beamtenapparat, der zu kostspielig sei. Selbst die höchsten Steuern seien nicht in der Lage, die Mittel für diesen Luxus aufzubringen. Dazu fordere das Reich in diesem Augenblick ungeheuerliche Steuerbeträge. Der Erlaß der neuen Steuergesetzgebung sei ohne Befragung der Länderregierungen und ohne genügende Heranziehung der wirtschaftlichen Organisationen in überstürzter Eile aufgestellt worden. Die Regierung müsse sich klar werden, **ob sie auf der Bezahlung der Steuern bestehe,** damit die Wirtschaft **stillege,** oder ob es ihr zweckmäßiger erscheine, den Unternehmern die **Mittel zur Bezahlung der Löhne und Gehälter** und zur Anschaffung der für den Betrieb notwendigen Produktionsmittel zu belassen.

Dr. Heim kündigt die Ablösung Bayerns vom Reich an

(Eig. Drahtm.) München, 30. August.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß der bayrischen Landes-(Großl)-bauernkammer hat auf Antrag des Präsidenten, Dr. Heim, einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß die Steuergesetzgebung, die durch die letzten Reichstagsbeschlüsse eingeleitet wurde, brutal, ungerecht und in ihren Auswirkungen für den Mittelstand verhängnisvoll sei. Sie schädigt aufs schwerste die landwirtschaftliche Produktion, da sie die Landwirtschaft zwingt, ihre Betriebsmittel der Produktion zu entziehen. Das müsse in kürzester Zeit zur Ernährungskrise und Katastrophe führen. Sie richtet an die bayrische Landesregierung und an den Landtag das Ersuchen, der abenteuerlichen Steuerpolitik des Reiches Einhalt zu gebieten. Vor allem sind die Steuertermine und der Mangel hiesiger Bestimmungen zur Milderung der Steuerhärten unerträglich.

*

Herum das Steuer!

Der Pommerische Landbund, Stettin, erläßt einen Aufruf, in dem er fordert: „Die sofortige Aufrollung der Kriegsschuldfrage, Revision des sogenannten Versailler Vertrages und vorbehaltlose Befreiung von Ruhr und Rhein. Er verlangt ferner eine auf unbedingt nationaler und gesunder wirtschaftlicher Grundlage stehende Reichsdiktatur. Mit der Machtvollkommenheit, die sie unabhängig von Rücksichten täglicher Art auf Parlamente und Parteien hinstellt und sie zu ungehemmter Ausübung ihrer heute so ungeheuer verantwortlichen Aufgaben macht." Der Aufruf ist gezeichnet: v. Flemming, Seuffert, v. Dewitz.

Der Pommerische Landbund ist also noch nicht zufrieden mit der Stresemann-Diktatur gegen das Proletariat. Er will noch höhere Preise für seine Erzeugnisse und noch brutalere Unterdrückung der Land- und Industriearbeiterschaft. Auch wir sind für die Parole: „Steuer herum!", aber nicht nach rechts, sondern nach links.

10 Uhr vorm.: Dollar 11 500 000 Mk.

Noske, Severing, der „Hochverrat" und die Regierung des Mondes

Die Koalitionsregierung der „inneren Konsolidierung" steuert genau den Kurs, den sie steuern muß: den Noskekurs.

Das letzte Bollwerk der Bourgeoisie, „der letzte Pfeil im Köcher Deutschlands" (d. h. des bürgerlichen Deutschland), wie sich Kautsky ausdrückt, weiß, was sie ist und was sie zu tun hat.

Da sie den Hungernden kein Brot geben kann, da sie ihre bankrotten Finanzen immer toller ruinieren wird, da sie „Arbeiterführer" benutzt, um die revolutionäre Welle abzudämmen, so muß sie — und sie wird es — die revolutionären Arbeiter bekämpfen, ihre Organe und Organisationen stören und womöglich zerstören, ihre Vertreter einsperren, „auf der Flucht" erschießen lassen; sie werden, je mehr die Welle steigen wird, desto mehr zu Weißem Massenterror greifen. Ihre Organe werden nur Polizei, Gerichte, Spitzel, Reichswehr sein — sie werden zwangsläufig in Einheitsfront mit den faszistischen Mörderorganisationen geraten, nur um die wachsende Einheitsfront des Kampfes gegen das bankrotte System und seine Preiskämpfer zu zerschlagen.

Die Aktionen werden geleitet von den reformistischen Gewerkschaftsführern und den bankrotten Helden der VSPD.

Sie sind es, die ihre Polizeiminister gegen die Betriebsräte mobilisieren, denn sie wissen, daß die Betriebsräte die revolutionären Klassenkampforgane des Proletariats sind.

Sie sind es, die der Polizei sogar die Listen der kommunistischen Funktionäre geben, die sie verhaftet haben wollen: das beweist die vom „Vorwärts" veröffentlichte Liste der angeblich in Berlin verhafteten Funktionäre der KPD., welche — nicht verhaftet wurden.

Sie sind es, die die von den Agenten der Abteilung Ia gestohlenen Protokolle so herrlich „auswerten", wie das der amtliche Preußische Pressedienst tut.

Sie, die Verräter des Proletariats; sie, die Lakaien der Großbourgeoisie; sie, die genau wissen, daß die revolutionäre Welle, die nur mit der Diktatur der Mehrheit, der proletarischen Klassendiktatur, zum Stillstand kommen wird, sie wegspülen wird; sie, die genau wissen, daß ihre Koalition kurzlebig ist und, wenn nicht durch die revolutionäre Regierung der Arbeiterklasse, so durch die Weiße Diktatur der Faszisten abgelöst wird — sie beginnen ihren Feldzug gegen die Betriebsräte und die KPD., weil sie wahrhaftig glauben, auf diese Art, ganz wie Wilhelm und seine Generale 1918 und Kerenski und seine menschewistischen Handlanger 1917, die Revolution aufhalten zu können.

Sie versuchen, die Aufgabe, für die sie bezahlt und von der Großbourgeoisie benutzt werden, mit allen Mitteln zu lösen, obwohl sie genau wissen, daß sie auf dem Misthaufen enden werden als Verräter des Proletariats und als Verräter ihrer Herren, der Stinnes und Ko.

Sie beginnen jetzt, nach guter Noske-Art, einen großzügigen Feldzug gegen die KPD. Sie stören die KPD.-Presse, um ihren bankrotten Zeitungen Abonnenten wieder zu sichern. Sie verhaften kommunistische Funktionäre, um die Bewegung kopflos zu machen. Sie werden das Proletariat mit Handgranaten und Maschinengewehren bearbeiten lassen durch legale und illegale Faszistenbanden — und sie werden gar nichts erreichen: denn sie können nichts tun, als einzelne, als Hunderte, Tausende herausgreifen, totschießen, aber sie können der deutschen Bevölkerung nichts zu essen geben, sie lassen die Arbeiter auf die Straße werfen, sie „stärken" die wacklige Herrschaft der Bourgeoisie — und graben ihr damit ihr Grab.

An demselben Tage, an dem der tüchtige Herr Hilferding den Dollar bereits wieder bis auf 8 Millionen hinaufstabilisiert hat, veröffentlicht die gesamte Presse gar gruselige Auszüge aus den bei der Berliner Bezirksleitung der KPD. gestohlenen Protokollen, in denen wahrhaft entsetzliche Dinge enthalten sind.

Ist es nicht geradezu toll, daß die KPD. voll und ganz hinter der Betriebsrätebewegung steht? Das ist geradezu unverzeihlich; denn Herr Severing will um liebsten die „in der Verfassung verankerten" Betriebsräte verbieten, damit die arbeitsgemeinschaftlerischen Gewerkschaftsbonzen auch weiterhin den Klassenkampf so gut wie bisher führen können mit Graupenindez, Streikbruchorganisation, Regierungsplakaten und nassen Hosen.

Und ist es nicht vollendeter „Hochverrat", wenn die Kommunisten, die, im Gegensatz zur sogenannten zweiten (Minister)-Internationale den Internationalismus ernst nehmen; zur Sicherung des Kampfes des deutschen Proletariats die Arbeiterschaft in Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei mobilisieren wollen, damit die imperialistischen Machthaber sich nicht über Deutschland stürzen können? Natürlich ist das „Hochverrat", während die interessanten Verhandlungen des Stinnes und Krupp und der Regierungsorgane, die sich um die Abtretung deutschen Gebiets, deutscher Bahnen, Bergwerke, Zölle drehen, „vaterländische" Taten sein müssen!

Und ist es nicht ganz toll, wenn scherzweise gesagt wird, die hungernde, verelendete Bevölkerung Deutschlands habe bereits so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0001

großes, ehrliches Vertrauen zu ihrer Partei, der KPD., daß sie sogar die Losung einer „Regierung des Mondes" durchaus verstehen würden als: revolutionäre Regierung der werktätigen Massen?

Die Regierung der Großen Koalition, die geradezu mondsüchtige Versprechungen marktschreierisch bei ihrem Antritt gemacht hat, scheint wahrhaftig zu glauben, daß die Massen in Deutschland nicht auf der Erde, sondern auf dem Mond leben und sich von sanften Versprechungen überzeugen und mit blassem Mondschein werden füttern lassen.

Diese Aktion ist nicht nur ein Schlag ins Wasser: diese Aktion zeigt jedem Arbeiter in Deutschland, was es auf sich hat mit der famosen „Demokratie" in Deutschland.

Nur so weiter gemacht, edle Herren, und Ihr macht desto schneller die werktätigen Massen entschlossen zur Uebernahme der Diktatur der Mehrheit über die Schmarotzer und ihre Lakaien.

Verhaftet, schießt, steckt, verleumdet — solange ihr nicht Brot und Arbeit schaffen könnt, solange sind Eure Mätzchen vergeblich. Und da Ihr kein Brot und keine Arbeit schaffen könnt, bleibt Eure Mühe vergebens und leistet uns, den Kommunisten, nur Dienste: Euer Tun zeigt, was Ihr seid und zeigt, was die Massen tun müssen.

Die Regierung Stresemann-Hilferding, deren sozialdemokratische („marxistische") Minister nichts gelernt haben und nichts lernen werden, steuert den Kurs, den sie steuern muß. Sie wird an ihrer Politik zugrunde gehen und ihre Helfershelfer werden nach ihrer Politik gerichtet werden.

Tagung des Reichsausschusses der Betriebsräte

Unserem Jenaer Bruderorgan, der „Neuen Zeitung", entnehmen wir folgenden Bericht:

Am Sonntag, dem 26. August, trat der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zu einer wichtigen Sitzung in Weimar zusammen. Die Tagung beschäftigte sich mit dem Verbot des Reichsausschusses in Preußen durch den sozialdemokratischen Minister Severing, nahm Stellung zur politischen Lage und behandelte eingehend die neuen Aufgaben, die sich auf Grund der Erfahrungen während des Massenstreiks ergeben haben.

In dem politischen Referat wurde festgestellt, daß die oppositionelle Betriebsrätebewegung an Kraft und Umfang bedeutend zugenommen hat, was besonders bei dem Massenstreik zum Ausdruck gekommen ist. Die wirtschaftlichen Erfolge, die dabei erzielt worden sind, waren bedeutend größere, als wie sie die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft seit dem Jahre 1918 jemals erreicht hat. Politisch ist erreicht worden, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das bankrotte Cuno-Kabinett fallen lassen mußten. Außerdem ist es der sabotierenden Gewerkschaftsbureaukratie nicht gelungen, wie in den früheren Kämpfen, daß sie große Teile der Arbeiterschaft gegen die kämpfenden Massen ausspielen konnten. Das Wesen und die Bedeutung der Großen Koalition für die Arbeiterschaft wurde eingehend klargelegt. Die Ueberzeugung kam zum Ausdruck, daß die Lebensdauer des Reichsausschusses ganz bestimmt länger sein wird, als die des Kabinetts Stresemann bis Hilferding. Nicht allein die revolutionären Kräfte werden für die Lebensdauer dieser Regierung bestimmend sein, sondern auch das Verhalten des Unternehmertums, indem es heute schon die ärgste Steuersabotage betreibt, indem es die Betriebe stillegt und die Arbeiterschaft auf die Straße wirft. Was gegen diese Maßnahmen zu tun ist, wurde ebenfalls von dem Referenten behandelt. **Die Betriebsräte müssen in Gemeinschaft mit den Angestellten von der Reichs- oder Landesregierung Staatszuschüsse verlangen und den Betrieb selbständig weiterführen.** Die wirtschaftlichen und politischen Zuspitzungen ergeben zweifellos neue Kämpfe. Auf diese neuen Kämpfe die Betriebsräte einstellen und dabei die gemachten Erfahrungen des letzten Massenstreikes in Betracht ziehen, das muß die Aufgabe des Reichsausschusses sein. Die Aufgaben wurden von einem anderen Referenten ausführlich behandelt.

Die Diskussion, die sich an beide Referate anschloß, stand auf einem außerordentlich hohen Niveau. Besonders ging aus derselben hervor, daß jedes Reichsausschußmitglied die Mängel des Streikes scharf beobachtet hatte und die Erfahrungen, die von jedem einzelnen gemacht worden sind, dechen sich mit den Aufgaben, wie sie von beiden Referenten entwickelt wurden. Allgemein kam zum Ausdruck, daß jeder in seinem Bezirk die höchste Aktivität entfalten muß.

Unter geschäftlichen Mitteilungen nahm man Kenntnis von der brüderlichen Solidarität der Roten Gewerkschaftsinternationale, die dem Reichsausschuß eine Million Goldmark zur Unterstützung der gemaßregelten Kollegen überwiesen hat und brachte den Dank in nachstehendem Telegramm zum Ausdruck:

„Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte dankt der Roten Gewerkschaftsinternationale im Namen der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands für die aktive Solidarität mit der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse. Die RGI. ist die einzige gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, die bisher internationale Solidarität durch Unterstützung der Opfer des Kampfes bekundet hat.

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte."

Nach Entgegennahme des Kassenberichtes wurde die Sitzung geschlossen.

Stinnes, die Ruhr und die Mark

Der „Vorwärts" teilt mit, was keineswegs neu ist, daß Stinnes zur Liquidation der Ruhrbesetzung mit Frankreich verhandelt. Er fügt hinzu, daß bereits auch Schritte des Kabinetts unternommen sind, eine direkte Verständigung unter Beteiligung Englands herbeizuführen. Die Dinge laufen also ganz so, wie sie von kommunistischer Seite vorher gesagt wurden. Die Arbeiterschaft, um deren Fell der Ruhhandel geht, muß auf dem Posten sein, um nicht von Stinnes und seinen sozialdemokratischen Ministern überrumpelt zu werden.

Der „Vorwärts" stützt nicht nur die kapitalistische Lösung des Ruhrkonflikts, er stützt auch die Devisenpolitik des Kabinetts, indem er ständig so tut, als ob das Steigen des Dollars nur auf spekulative Treibereien gewisser inländischer Kreise zurückzuführen sei. Auch die kleinste „Erholung" der Mark in Neuyork, etwa von 6,9 auf 6,8 Millionen pro Dollar, sucht er als eine Gesundung der deutschen Währung im Auslande herauszuputzen. Ein kindisches Spiel, bei dem nicht nur die Jobber lachen!

Das Ruhrgebiet soll verpfändet werden

„Die Idee der Verpfändung des Ruhrgebiets ist vorerst eine Idee der „Times", ohne amtlichen Hintergrund", läßt Stinnes in der „DAZ." schreiben anläßlich der englisch-französischen Unterhandlungen über die Reparationszahlungen. **Aber diese „Idee" ist eine Idee des Stinnes**, und den sehr amtlichen Hintergrund hat die letzte Rede Stresemanns gegeben. Stinnes' Presse bereitet die Kapitulation vor. Die deutschen Arbeiter haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

Amerika will einen eigenen Völkerbund

Der bestehende „Völkerbund" ist ein Instrument des englischen Imperialismus. Der amerikanische Imperialismus will sich ein eigenes Instrument schaffen. Harding, der verstorbene Präsident, hat ein sogenanntes politisches Testament hinterlassen, welches auf einen „Weltbund" abzielt. Wir sind neugierig, wann die beiden Bünde, die bekanntlich lediglich zur Schaffung eines ewigen Friedens erfunden sind, einander den Krieg erklären werden.

Gescheiterte Verhandlungen im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, sind die Verhandlungen im Bankgewerbe gescheitert. Alle Arbeitnehmerorganisationen lehnten die Vorschläge der Arbeitgeber ab.

Einstellung des Zahlungsverkehrs in Düsseldorf

WTB. **Düsseldorf, 30. August.**

Gestern ist ein Transport von 1 Billion, 3 Milliarden Mark Stadtgeld von den Franzosen weggenommen worden. Die Fortschaffung dieser ungeheuren Summe zerrüttet den soeben mit äußersten Mitteln wieder hergestellten Geldverkehr in Düsseldorf dermaßen, daß keine Zahlstelle mehr in der Lage ist, zu übersehen, wie weit ihre Zahlungsmittel noch reichen werden. Die städtischen Kassen haben von heute an den Zahlungsverkehr eingestellt. Reichsbankstelle und Sparkasse werden ohnehin noch immer von den Franzosen unter Siegel gehalten. Vertreter der Industrie, des Handels und Gewerbes sowie der Arbeitgeberorganisationen, werden sofort zusammengerufen, um zu den Maßnahmen der Besatzungsbehörde Stellung zu nehmen.

Zum Konflikt in der Reichsdruckerei

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 31. August.**

Die Funktionäre des Graphischen Kartells haben in ihrer Versammlung beschlossen, alle Maßnahmen einzuleiten, damit der aktive Kampf gegen die Maßregelung des Betriebsratsobmannes Großmann aufgenommen werden kann. Die Versammlung verlief sehr stürmisch. Die Mehrheit verlangte, daß bereits am Sonnabend in den Kampf getreten wird. Es gelang jedoch der Versammlungsleitung, diesen Beschluß abzuwürgen. Es soll noch einmal versucht werden, durch ein Vermittlungsverfahren die Sache ohne Streik zu schlichten.

Der Feldzug gegen die „Rote Fahne"

Der Protest der Arbeiter, und vor allem auch der sozialdemokratischen Arbeiter, gegen die Drangsalierung der „Roten Fahne" hat die Regierung veranlaßt, nunmehr nachträglich eine Begründung für die ohne Angabe von Gründen erfolgte Beschlagnahme von sich zu geben.

Die Begründung ist auch danach.

Die „Rote Fahne" habe „zu Gewalttätigkeiten aufgereizt", Paragraph soundso. Sie habe Minister beschimpft, die „verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform herabgewürdigt", Paragraph soundso usw.

Wenn man so begründen will, kann man alle möglichen Paragraphen heranziehen. Man kann alles behaupten, wenn man den Beweis schuldig bleibt.

Solche Begründungen zeigen nur das eine: Die Hilferding, Severing usw. wollen um jeden Preis der Arbeiterschaft ihr Sprachrohr nehmen. Gründe sind dabei so billig wie Brombeeren.

Und ebenso, wie gegen die „Rote Fahne" wird gegen die kommunistische Presse im ganzen Reich vorgegangen. Kein Tag vergeht, ohne daß eine kommunistische Zeitung beschlagnahmt oder verboten wird. Offenbar leuchtet das hehre Beispiel Degouttes, der sämtliche kommunistische Zeitungen des Ruhrgebietes verbietet, unseren sozialdemokratischen Ministern voran.

Der Massenprotest der Arbeiter muß diesen Bankrottpolitikern, die es nicht fertigbringen, auch nur einen Heller Steuern von den Kapitalisten einzutreiben, die direktionslos in das Chaos hineintreiben, die Luft nehmen, sich an der Presse der Arbeiter zu vergreifen.

Griechenland und die Provokationsnote Mussolinis

Berlin, 31. August.

Wie die „B. Z." aus Rom meldet, hat der italienische Gesandte in Athen seiner Regierung mitgeteilt, daß Griechenland die Note Mussolinis in der Form, wie sie in Athen überreicht wurde, nicht annehmen werde. Nach einer Meldung der „Tribuna" aus Athen werde Griechenland sich in seiner Antwortnote zur Annahme einiger Punkte bereiterklären. Andere Punkte werde es diskutieren. Griechenland werde aber diejenigen Forderungen zurückweisen, die die Souveränität des Staates verletzen. Sollte tatsächlich die griechische Antwort nicht eine glatte Annahme der italienischen Forderungen darstellen, so würde, wie die „B. Z." meldet, Italien Maßnahmen in Kraft setzen, die in der Besetzung einiger griechischer Inseln, darunter auch Korfu, bestehen.

Der „Avanti" im Besitz der Großkapitalisten

(Eig. Drahtm.) Rom, 31. August.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der sozialistische „Avanti" von einer Gruppe Kapitalisten, die von dem Advokaten Longoni geführt wird, für eine Summe von 2 200 000 Lire gekauft worden.

Cuno wird Aufsichtsrat. Wie WTB. aus Hamburg meldet, wird der Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie in seiner nächsten Generalversammlung Dr. Cuno in den Aufsichtsrat wählen. Cuno würde dann in das Präsidium des Aufsichtsrates einrücken. Zunächst begibt sich Cuno zum Besuch seiner Freunde nach Amerika.

Bayrische Monarchisten unter sich. Das bayrische „Vaterland" protestiert gegen die neue monarchistische Partei in Bayern und gegen die neue Zeitung „Die Monarchie". Sie erklärt, daß die neue Partei von Ordensschwindlern und Zuhältern geleitet werde — die Leute müssen sich ja gegenseitig kennen.

Die neue Zucker- und Salzsteuer. Mit Wirkung vom 1. September beträgt die Abgabe von Stärkezucker 2 900 000 Mk. die von anderem Zucker 7 300 000 Mk. von 100 Kilogramm Reingewicht. Demgemäß entfällt auf ein Pfund Zucker eine Steuer von 36 500 Mark.

Die Salzsteuer beträgt ab 1. September für ein Kilogramm 3 400 Mark.

Die faszistischen Kampfverbände in Deutschland

Von Hugo Eberlein

Die faszistischen Kampforganisationen rüsten zu einer neuen Mobilmachung großen Stils. Der 2. September, der Tag der Erinnerung der Schlacht bei Sedan, ist der willkommene Anlaß zu diesem Generalappell. Er ist gedacht gleichsam als ein Gegenstück zum Anti-Faszistentag, den die revolutionären Arbeiter am 29. Juli abgehalten haben und dem alle Machtmittel der staatlichen Organisation entgegengestellt wurden. Während die staatlichen Organe, die Richter und Severing alles aufboten, den Antifaszistentag unmöglich zu machen, ist bis heute von einem Verbot der Faszistenparade am 2. September nichts zu hören. Es hat allen Anschein, daß die staatlichen Organe die Veranstaltungen der Faszisten nicht unterdrücken, sondern daß, wie die Vergangenheit uns lehrte, ein erheblicher Teil der staatlichen Machtorgane in den Dienst der faszistischen Organisationen gestellt worden.

Die Ziele der deutschen faszistischen Kampfverbände sind klar. Ihr Kampf gegen die Novemberverbrecher heißt nichts anderes als ein Kampf gegen das revolutionäre Proletariat, mit dem Ziele, es niederzuschlagen.

Wenn am 2. September die Organe der Regierung versagen, dann muß das deutsche Proletariat selbst auf dem Plane erscheinen, um nicht nur die Angriffe der faszisten abzuwehren, sondern auch diese faszistischen Kampfverbände zu überwinden.

Um die faszistischen Kampfverbände zu überwinden, ist notwendig, daß das Proletariat diese Kampfverbände kennt. Diese Kenntnis zu erwerben, ist aber nicht leicht, da in den meisten Gegenden Deutschlands diese faszistischen Organisationen illegal leben und arbeiten, und da sie heute noch in zahllose geheime Verbände zerfallen. Deshalb wollen wir im Nachstehenden ein Bild über die Entstehung und Entwicklung sowie über die Ziele dieser faszistischen Kampforganisationen geben, damit die Arbeiter in den einzelnen Orten die vorhandenen illegalen Kampforganisationen in ihrem Wesen und ihren Zielen leichter erkennen, und den Kampf gegen sie leichter organisieren können.

a) Die Entstehung der faszistischen Kampfverbände

Die heutigen faszistischen Organisationen weisen in Deutschland zwei große Quellgebiete auf. Sie sind allmählich herausgewachsen auf der einen Seite aus den militärischen Organisationen, die sich nach dem Zusammenbruch 1918 nicht auflösten, sondern in den verschiedenen Grenzgebieten, insbesondere im Baltikum, den Krieg auf eigene Faust fortsetzten. Auf der anderen Seite aus den Elementen der deutschen Bevölkerung, die während der ersten revolutionären Kämpfe Anfang 1919 „um Haus und Hof besorgt", zum „Selbstschutz" gegen die revolutionären Arbeiter griffen. Dabei ist besonders interessant, daß die Väter der beiden Gruppen namhafte Sozialdemokraten waren. Und zwar war der Vater und Organisator der Baltikumhorden, die später als Freikorps nach Deutschland zurückflüteten, der Sozialdemokrat Winnig, während den ersten Aufruf zur Bildung bürgerlicher Einwohnerwehren (während der Münchener Rätezeit) der Sozialdemokrat und damalige bayrische Ministerpräsident Hoffmann erließ.

Die Gründer und Führer dieser Organisationen waren im Anfang meist monarchistische Offiziere niederen Ranges, ihre Gefolgschaft bei den Freikorps, die während der Jahre des Krieges herangebildeten Landknechtstruppen, die teils aus der Arbeiterschaft, teils aus dem ehemaligen Mittelstand hervorgegangen waren. Das Rekrutierungsgebiet der Einwohnerwehren war der Kleinbesitz, d. h. die Söhne der Hausbesitzer, der Klein- und Mittelbauern, der Kleinunternehmer usw.

b) Allgemeine Entwicklung der faszistischen Organisationen

Die faszistischen Kampfverbände haben seit ihrem Bestehen folgende Entwicklungsetappen durchgemacht.

Die erste Etappe reicht bis zum Kapp-Putsch. Bis dahin waren diese Organisationen in der Regel lokal organisiert, sie standen untereinander in keinem oder nur in losem Kontakt, sie organisierten und handelten auf eigene Faust. Dieser lokale Charakter ihrer Organisationen hemmte ihre Schlagkraft und war im Kapp-Putsch ihr Verhängnis. Aus diesen Erfahrungen zogen sie die Lehre.

Nach dem Kapp-Putsch begann die zweite Etappe ihrer Entwicklung. Aus lokalen Organisationen wurden Reichsorganisationen. Sie versuchten nicht nur, die bestehenden Organisationen unter eine zentrale Leitung zu bringen, sondern das Netz ihrer Organisationen über das ganze Land auszubreiten. Diese Entwicklung glaubten sie, zur Zeit des Polenaufstandes in Oberschlesien als abgeschlossen. Der Kampf um Oberschlesien war ihre erste Kraftprobe.

Hier beginnt die dritte Periode ihrer Entwicklung. In diesen Organisationen zeigten sich zum ersten Male größere innere politische Differenzen, die insbesondere in der Zeit des russisch-polnischen Krieges und des Aufstandes in Oberschlesien hervorgerufen wurden. Während ein Teil dieser Kampfverbände sich politisch der Richtung Ludendorff-Hoffmann unterordnet, deren stark antibolschewistische Einstellung in den Versuchen, den Kampf an Seite der Entente gegen Rußland zu organisieren, zum Ausdruck kommt, neigen andere Gruppen, und zwar solche in Ostpreußen und Pommern wie auch Teile der süddeutschen Organisationen, darunter besonders Oberland unter Führung Beppo Römers, zum Nationalbolschewismus. Diese Nationalbolschewisten suchen Verbindungen selbst mit der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands, um an der Seite Rußlands in erster Linie Polen und dann die Franzosen zu schlagen.

In diese Zeit fallen auch die ersten Zerwürfnisse unter den süddeutschen Gruppen. Während all diese Gruppen bisher politisch eingestellt waren gegen die Arbeiterschaft als die Träger der Revolution und gegen Frankreich als den Sieger über Deutschland, trat besonders während des polnischen Aufstandes das Sonderbestreben Bayerns in Erscheinung. Ein Teil der süddeutschen Gruppen unter der Führung des Ministerpräsidenten Kahr und des Führers der Einwohnerwehren Escherich, bekennen sich zum süddeutschen Separatismus, während die anderen mehr zu großdeutschen Bewegungen neigten und in Verfolg dessen sich auch am oberschlesischen Aufstand beteiligten. In dieser Zeit traten diese Organisationen legal auf, sie hatten an Zahl und an Umfang wesentlich zugenommen. Eine Aenderung trat mit der Ermordung Erzbergers ein. Weniger durch die Verbote der Regierung, die einsetzten, als durch den außerordentlich starken Druck der Arbeiterschaft, wurden diese faszistischen Gruppen gezwungen, zur Illegalität überzugehen. Zahlreiche größere Organisationen lösten sich auf, viele Mitläufer liefen erschreckt davon. Von anderen Organisationen blieben nur illegale kleine Terroristengruppen übrig, auf deren Konto dann die ganze Serie der Attentate gegen Scheidemann, Rathenau, Harden usw. zu setzen sind. Diese illegalen Gruppen arbeiteten jedoch illegal mit fieberhaftem Eifer weiter, schufen sich in vielen Orten, wenn auch nicht Organisationen, so doch zuerst Vertrauensleute und breiteten so das Netz ihrer Organisationen über das ganze Reich aus.

Das sind die Entwicklungsetappen dieser Organisationen. Mit dem Siege des Faszismus in Italien und mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich bekommen die faszistischen Organisationen neue und bisher ungeahnte Kraft. Sie treten seit dieser Zeit wieder aus ihrer Illegalität heraus, sie konzentrieren ihre Kräfte, sie kartellieren sich untereinander, um auf diesem Wege zu einer einheitlichen, zentralen Leitung zu kommen.

c) Politische Tendenzen der faszistischen Organisationen

In zwei Punkten besteht in diesen Organisationen Einmütigkeit. Erstens im Kampf gegen das Proletariat. Ihr Fachausdruck ist: Im Kampf gegen die Marxisten oder „Novemberverbrecher" und zweitens in ihrer antisemitischen Einstellung. In allen anderen politischen Fragen bestehen unter ihnen starke Differenzen, die zur Folge haben, daß es oft zu den heftigsten Auseinandersetzungen, Spaltungen, Auflösungen, Neugründungen usw. kommt.

Die alten Selbstschutzorganisationen waren arbeiterfeindlich eingestellt, weil sie im Proletariat die treibende Kraft der revolutionären Entwickelung sahen, von der sie um den Bestand ihres Privateigentums zitterten. Zum Schutze ihres Privateigentums hatten sie sich vereinigt, die Frage Monarchie oder Republik und andere politische Fragen waren ihnen ziemlich gleichgültig.

Die großdeutsche Bewegung in diesen Organisationen dagegen trägt ausgeprägt monarchistischen Charakter, während die nationalbolschewistische Einstellung in einem Teil dieser Organisationen nur eine kurze Episode darstellt, die bald überwunden war. Ihr Ziel ist die Befreiung Deutschlands vom Druck der Entente, ihre Hauptkoskraft richtete sich in erster Linie gegen Polen, dann gegen Frankreich. Den Weg zu diesem Ziele stellten sie sich so vor, daß sie zuerst die Widerstände im Innern brechen müssen, also der Kampf gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, und daß erst nach der Ueberwindung dieser und der Schaffung einer großdeutschen Monarchie der Kampf eines „einigen Deutschlands" gegen die Entente siegreich geführt werden kann. Deshalb verzichten auch jetzt noch bei der Besetzung des Ruhrgebietes die wesentlichsten Organisationen, den Kampf gegen Frankreich zu fordern, da für sie die Voraussetzung eines solchen erfolgreichen Kampfes die Ueberwindung der Erfüllungspolitik und die Beseitigung der Erfüllungspolitiker die notwendige Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf gegen die Entente ist. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0002

Die Begründung für das Verbot der „Tribüne"

Vom 23. bis 25. August war unser Magdeburger Parteiorgan, die „Tribüne", ohne Angabe von Gründen verboten. Erst nachträglich ist dem Verlag eine „Begründung" des Verbots zugegangen, die ein so hilfloses Verlegenheitsgestammel ist, daß wir dieses „Glanzstück" des neugebackenen Reichsinnenministers Sollmann im Wortlaut abdrucken:

Begründung.

In dem Artikel „Bereitet die nächste Schlacht vor!" wird ausgeführt:

„Die Massenbewegung des Proletariats war aber noch nicht so stark und mächtig, die Kampfsähigkeit und die Kampfbereitschaft des gesamten Proletariats noch nicht so weit gediehen, um im offenen Machtkampf die Regierung Stresemann-Hilferding zu erledigen. Um das zu erreichen, mußte über die Mittel des Generalstreiks hinausgegangen werden. Da nun besaß das Proletariat noch nicht die Kraft. Aus diesem Grunde war der Abbruch des Generalstreiks zweifellos richtig. Die Arbeitermassen werden nun von neuem ihre Kräfte sammeln, um die KPD. als Bollwerk auszubauen. Die Arbeiterschaft wird nach wie vor um die Erringung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zu kämpfen haben. Eine Schlacht ist abgeblasen. Wir ziehen uns nunmehr auf die Barrikaden zurück. Neue Schlachten stehen dem Proletariat bevor. Darum gilt es, alle Kräfte zu sammeln, um die neue Schlacht mit dem vollen Siege der Arbeiterschaft beenden zu können."

Diese Ausführungen lassen erkennen, daß der Kampf, den die Kommunistische Partei gegen Regierung und Verfassung mit dem Ziele der

Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung

führt, nicht mit gesetzlichen Mitteln geführt werden soll. Das Proletariat, an welches sich der Artikel richtet, soll durch ihn darauf vorbereitet werden, daß die Regierung Stresemann-Hilferding im offenen Machtkampf angegriffen werden soll, sobald die Partei sich stark genug fühlt,

über die Mittel des Generalstreiks hinauszugehen.

Diese Ausführungen enthalten eine Anreizung zu einer gewaltsamen Veränderung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform und zu den öffentlichen Frieden gefährdenden Gewalttätigkeiten.

Hiernach rechtfertigt sich das Verbot gemäß § 1, Absatz 1, der genannten Verordnung.

Die Reichsverfassung erlaubt es den Arbeitern, für eine Regierung, die aus Angehörigen ihrer Klasse besteht, zu werben und zu wirken. Herr Sollmann schiebt die Verfassung beiseite, indem er dreist behauptet, diese Zeilen enthalten die Aufforderung zur gewaltsamen Beseitigung der „glorreichen" und „tatkräftigen" Regierung Stresemann-Hilferding. Die Arbeiterschaft ist aber nach wie vor gezwungen, trotzdem Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, den Kampf um ihre Existenz zu führen. Die Kommunistische Partei wird sich trotz der Verhaftung der führenden Funktionäre, trotz der Zeitungsverbote, trotz aller Verfolgungen und Drangsalierungen nicht davon abhalten lassen, den hungernden Massen den Weg zur Befreiung zu weisen und führend voranzugehen.

Ausland

Die Lage im Bergarbeiterkampf in der Tschechoslowakei

Der erste Erfolg — Die Regierung ist bereit, die Kohlensteuer herabzusetzen

Nachdem die ersten Verhandlungen zwischen Unternehmern und der Zentralstreikleitung zu keinem Ergebnis geführt haben, trat in dem Streik eine Verschärfung ein. Die Bergarbeiter wandten sich nicht nur gegen das Angebot der Unternehmer, das eine Lohnherabsetzung um 12 bis 15 Prozent vorsieht, sie sprachen sich auch gegen das Angebot der Zentralstreikleitung aus, das mit 5 Prozent Lohnherabsetzung den Streik beendigen wollte. Die Bergarbeiter erhielten von verschiedenen Seiten Solidaritätserklärungen. Die tschechische Legionärgemeinde und der Einheitsverband der privat und öffentlich Angestellten sicherten den Streikenden ihre Unterstützung zu.

Auf den Vorschlag der Unternehmer, den Konflikt durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission zu regeln, sind die Streikenden nicht eingegangen. Die schon des öfteren gemachten Erfahrungen, daß die sogenannten neutralen Vorsitzenden sich auf Seite der Industriellengruppe stellten, haben die Arbeiter von dem Eingehen auf diesen Vorschlag abgehalten.

Der Zentralausschuß der Streikenden hat gleich zu Beginn des Kampfes an die Regierung die Aufforderung gerichtet, sie möge die Kohlensteuer, ohne eine Lohnkürzung vorzunehmen, herabsetzen. Nachdem die Regierung einige Tage dem Kampfe tatenlos zugesehen hat, hat sie jetzt dem Streikausschuß eine Antwort zugehen lassen. In dieser Antwort erklärt sie sich bereit, die Kohlensteuer herabzusetzen, auch wenn keine Lohnverkürzung erfolgt. Dieser Erfolg der Bergarbeiter ist der Geschlossenheit der Kämpfenden zuzuschreiben. Durch die Regierungserklärung sind die Unternehmer isoliert und die Arbeiterschaft hat die Möglichkeit, ihre ganze Energie gegen die Unternehmer allein zu richten.

Ergebnisse der irischen Wahlen

Dublin, 31. August.

Bis Mitternacht war der Stand der irischen Wahlen wie folgt: Es sind gewählt 27 Regierungskandidaten, 9 Republikaner, 4 Landwirte, 7 Unabhängige und 4 Arbeiterkandidaten.

Mussolini braucht keine Wahlen

Mussolini will sein Parlament, dessen Zeit abgelaufen ist, noch ein Jahr in seinem Fette schmoren lassen. Der faszistische Diktator hat allen Anlaß, sich selbst vor Parlamentswahlen zu fürchten. Er hatte das Maul beim Regierungsantritt noch voller genommen als manche Leute, die uns nahe sind (und den Reichstag auch nicht nach Hause schicken) und seine Herrlichkeit geht langsam aber sicher ihrem Ende zu.

Vom Tage

Immer wieder Pilzvergiftungen. Infolge Genusses giftiger Pilze erkrankten auf dem Gut Berne bei Altrahlstedt drei Söhne des Besitzers, die Erzieherin, zwei Ruhrkinder und zwei Dienstmädchen. Die drei Söhne, die Erzieherin, ein Ruhrkind sind gestorben. Die übrigen befinden sich im Krankenhause außer Lebensgefahr.

Jagd nach Devisenhändlern. Heute wurde von zahlreichen Beamten des Polizeipräsidiums in Berlin in der Grenadierstraße eine umfangreiche Suche nach Devisenhändlern vorgenommen. Im ganzen wurden 692 Personen verhaftet, von denen 81 in Haft behalten wurden. Eine größere Menge Devisen wurde beschlagnahmt. — Hilferding und Sollmann zeigen sich, wie alle ihre Vorgänger, im kleinen groß. Sie lassen die kleinen Schieber, die „unter der Hand" den kleinen „Spekulanten" Devisen verkaufen, verhaften, die großen Schieber aber, die Industriellen, lassen sie laufen.

Großes Feuer. Aus Rheine wird gemeldet: Gestern nachmittag entstand in Bevergern beim Einfahren der Ernte Großfeuer, dem neun Häuser zum Opfer fielen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Rheiner Feuerwehr ist es zu danken, daß nicht der ganze Ort vernichtet wurde. Der Schaden geht in die Hunderte von Milliarden, da die ganze aufgespeicherte Ernte vernichtet wurde und die Häuser nur zu einem Teil versichert waren.

Strandung eines deutschen Schiffes. Laut Meldung aus Gibraltar ist der deutsche Dampfer Gutenfels an der marokkanischen Küste gestrandet. Der Dampfer sitzt mittschiffs auf einem Felsen fest. Die Lage des Schiffes ist gefährlich. Der Maschinenraum, zwei weitere Räume, sowie mehrere Tanks, stehen voll Wasser. Die Kessel sind nicht mehr betriebsfähig. Bergungsdampfer sind zur Stelle. Ein Teil der Ladung ist gelöscht.

Die Betriebszellen und der organisatorische Aufbau der KPD.

Auf dem Bezirksparteitag Wasserkante wurde nachstehende Resolution angenommen, die den Richtlinien über Organisationsaufbau entspricht, die von der Organisations-Kommission der Partei ausgearbeitet worden sind und nächstens veröffentlicht werden. Der Bezirksparteitag Westsachsen nahm ebenfalls einstimmig eine Resolution an, die in derselben Weise die konkreten organisatorischen Aufgaben der Parteiorganisation festlegt. Wir bitten alle Parteiorganisationen, diese Resolution in der nächsten Funktionärversammlung zu besprechen und zu beschließen, in welcher Weise am Orte die Organisationsumstellung durchzuführen ist.

Die nächsten organisatorischen Aufgaben

Die Wirtschaftskämpfe, sowie der Generalstreik zeigten die Notwendigkeit der schnellsten Umstellung der Parteiorganisation auf die Betriebszellen. In den kommenden Kämpfen wird die Partei ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie fest in den Betrieben verwurzelt ist und das Schwergewicht der politischen organisatorischen Arbeit der Partei in den Betriebszellen liegt. Deshalb sind folgende Maßnahmen mit allen zur Verfügung stehenden Kräften in kürzester Frist durchzuführen:

a) Die Betriebszellen

1. In jedem Orte ist der tüchtigste Genosse damit zu beauftragen, den Aufbau der Betriebszellen zu leiten und zu kontrollieren. In größeren Orten ist zu diesem Zwecke eine mehrgliedrige Kommission einzusetzen.

2. Zur systematischen Bearbeitung der Großbetriebe ist die Registrierung aller Betriebszellen und aller Großbetriebe, insbesondere der in den revolutionären Kämpfen ausschlaggebenden Betriebe durchzuführen.

3. Zwecks Heranziehung aller im Betrieb beschäftigten Genossen zur Betriebszellenarbeit ist eine Registrierung der im Betrieb beschäftigten Parteimitglieder durch die Zellenobleute in Verbindung mit den Gewerkschaftsfraktionsleitern durchzuführen.

4. Vierzehntäglich finden Zellenversammlungen statt, die gründlich von der Zellenleitung vorzubereiten sind. Die Zellenversammlung beschäftigt sich damit, wie die allgemeinen Anweisungen der Parteileitung im einzelnen durchzuführen sind.

5. Die Berichterstattung über Betriebsvorgänge an die kommunistische Presse geschieht regelmäßig. Außerdem ist darauf hinzuarbeiten, regelmäßig besondere Betriebszeitungen herauszubringen.

6. Der Vorstand der Ortsgruppe muß sich mindestens zur Hälfte aus Genossen zusammensetzen, die in den Leitungen von Großbetriebszellen Funktionen ausüben. Dasselbe gilt für die Arbeitsgebiets-, Unterbezirks- und Bezirksleitungen.

7. Die Bedeutung der Betriebszellenarbeit für die künftigen Aktionen erfordert, daß die Bildung der Betriebszellen in den Großbetrieben und lebenswichtigen Betrieben beschleunigt wird. Zu diesem Zwecke ist jeder Großbetriebszelle ein Mitglied der Bezirksleitung, der Unterbezirks- oder Ortsleitung zur Förderung der Arbeit zuzuteilen.

8. Sobald wie möglich sind die Betriebszellenobleute unterbezirksweise oder nach Wirtschaftsgebieten zusammenzuberufen, um die bisherigen Erfahrungen auszutauschen und die nächsten Aufgaben zu beraten.

In Verbindung mit dem Aufbau der Betriebszellen müssen die Zehnergruppen zu politisch organisatorischen Arbeitskörpern der Partei ausgebaut werden. Soweit bisher Zehnergruppen existieren, werden ihnen zumeist technische Aufgaben übertragen. Zum Ausbau der Partei sind folgende Aufgaben sofort in Angriff zu nehmen:

b) Der Aufbau der Partei

1. Das Gebiet jeder Ortsgruppe ist in Wohngebiete einzuteilen, deren Bearbeitung Aufgabe der einzelnen Zehnergruppen ist.

2. Die Zehnergruppe wählt einen Zehnergruppenführer, Kassierer, Literatur- und Propagandaleiter sowie den Nachrichtendienstleiter, der zugleich den Kurierdienst übernimmt. Zu den Funktionen sind Genossen und Genossinnen heranzuziehen, die in den Betriebszellen und -fraktionen keine leitenden Funktionen ausüben. Die Mitglieder der Zehnergruppe haben die gesamte politische und organisatorische Arbeit in ihrem Tätigkeitsbereich durchzuführen.

3. Die Zehnergruppen werden in größeren Orten zu Distrikten zusammengefaßt.

4. Der Funktionärkörper setzt sich zusammen aus den Betriebszellenleitern, den Distriktsleitern, dem Roten Ortskartell und der Ortsleitung der Kommunistischen Jugend. In kleinen Ortsgruppen zählen die Zehnergruppenführer zum Funktionärkörper. In allen Ortsgruppen ist jedoch darauf zu achten, daß die Mehrheit der Funktionäre Funktionen in den Betriebszellen ausübt.

5. Der Vorstand der Ortsgruppe setzt sich zusammen aus dem **Vorsitzenden, dem Kassierer, Schriftführer** (Berichterstatter), Mitgliedern der Betriebszellenleitungen und den Ressortleitern **für Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauen-Agitation, Kommunalpolitik, Landagitation, Bildung, dem Nachrichtenleiter, sowie den Vertretern der Jugend.** Die Mitglieder des Ortsvorstandes werden vom Funktionärkörper aufgestellt, und in der Mitgliederversammlung zur Wahl gestellt. Lehnt die Mitgliederversammlung den Vorschlag des Funktionärkörpers ganz oder teilweise ab, so wird die Vorschlagsliste an den Funktionärkörper zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen, der eine neue Vorschlagsliste vorzulegen hat. — Mindestens die Hälfte der Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes muß den Betriebszellenleitungen der wichtigsten und größten Betriebe angehören. In großen Ortsgruppen, in denen die Wahlen im Funktionärkörper vorgenommen werden, sind die Vorschlagslisten vom erweiterten Ortsvorstand aufzustellen.

6. Mehrere Ortsgruppen werden arbeitsgebietsmäßig zusammengefaßt. Die Arbeitsgebietsleitungen setzen sich zusammen wie die Ortsgruppenvorstände. Die Arbeitsgebiete sind Unterorgane der Unterbezirke.

7. Die Unterbezirks- und Bezirksleitung setzt sich im selben Verhältnis zusammen wie die Ortsleitung. Die der Leitung des Unterbezirks bzw. Bezirksvorortes angehörenden Betriebszellenvertreter sind in der Regel zugleich Zellenvertreter in der Unterbezirks- bzw. Bezirksleitung.

8. Der Bezirksausschuß setzt sich zusammen aus den Mitgliedern der Bezirksleitungen, aus den Unterbezirksleitungsvorsitzenden, sowie dem Betriebszellenobmann des wichtigsten Großbetriebes jedes Unterbezirks.

Die Bezirksleitung wird vom Bezirksparteitag beauftragt, im Sinne dieser Resolution schnellstens die Parteiorganisation umzustellen.

•—

Betriebszellenerfolge. Die Genossen in Weiden haben 4 Betriebszellen geschaffen. Die intensive Tätigkeit der 12 Parteigenossen hat zur Folge gehabt, daß in wenigen Wochen die Mitgliederzahl auf 165 stieg. Durch die systematische Arbeit der Betriebszellen ist der Einfluß der Partei wesentlich gestiegen.

Aus der Provinz

„Politische Wirrköpfe oder Agenten des Unternehmertums"

Kaum ist der letzte Generalstreik, der die bankrotte Regierung Cuno weggefegt hat, vorüber, da kommen die Aasgeier, die KAPD. und AAU. und fleddern das Schlachtfeld. Sehr anmaßend und großmäulig entblöden sich diese Auchrevolutionäre nicht, in dasselbe Horn zu tuten, wie die Unternehmer und die VSPD., indem sie in einem Sudelflugblatt, betitelt: „Schaumparolen und Zwittergestalten", die KPD. beschuldigen, den Generalstreik, der doch spontan aus der Masse heraus zum Ausbruch gekommen ist, auf Geheiß der 3. Internationale kommandiert, geführt und abgeblasen zu haben. Ueber die Unsinnigkeit dieser Behauptung ist kein Wort zu verlieren. Dieselbe richtet sich selbst, denn jeder Arbeiter weiß, daß nur der Hunger den Streik zum Ausbruch gebracht hat. Mit dieser Behauptung aber zeigen die KAPD.- und AAU.-Leute, daß sie **dem Unternehmertum direkt in die Hände arbeiten,** indem sie die einzige Partei, die sich in diesem Kampfe **offen und ehrlich** auf die Seite der kämpfenden Arbeiter gestellt hat und auf deren Konto die erzielten Erfolge zu setzen sind, zu beschmutzen und herunterzureißen trachten.

Wo waren die KAPD.- und AAU.-Leute, als der Streik ausbrach? Da schwiegen ihre „Führer", genau wie die „parlamentarischen Dreckmäuler" jener Kapitalistenclique, deren Geschäfte sie jetzt **wissentlich** besorgen. Ja, während die Mehrzahl der Arbeiterschaft streikte, blieben vielerorts die KAPD.- und AAU.-Leute ihrer alten Tradition treu und arbeiteten, betrieben also **bewußt** Streikbruch. Und während diese Leute jetzt über die Kommunisten als Führer schimpfen, geben dieselben bei anderen Gelegenheiten selber zu, daß **sie gar keine Führung besitzen.** Jeder von ihnen sei selber Führer, sagen sie so selbstbewußt. Daraus schon geht hervor, daß die Kampfparolen ihres „Fluch"blattes nichts anderes als demagogischer Schwindel sind, demagogischer noch als der Schwindel des Unternehmertums und der VSPD., die ebenfalls nach Kräften die KPD. dauernd herunterreißen. - Denn wie wollen die KAPD.- und AAU.-Revolutionäre ihre Forderungen durchführen, wenn die tatkräftige und vernünftige Führung im Kampfe um diese Forderungen fehlt? Ganz abgesehen davon, daß die wenigen „**vernünftigen**", im „Fluch"blatt **mit** aufgestellten Forderungen die der KPD. sind, die nicht nur diese Forderungen aufstellt, sondern auch den Kampf darum führt und, was die Hauptsache dabei ist und bleibt, auch für eine vernünftige Führung im Kampfe sorgt.

Wenn ohne zielklare Führung das kapitalistische System gestürzt werden könnte, warum haben dann die KAPD.- und AAU.-Köpfe dieses Stürzen nicht schon besorgt? Und was nützen die — übrigens von der KPD. längst geschaffenen — revolutionären Aktionsausschüsse und revolutionären Räte, wenn die Führung und Zusammenfassung derselben fehlt und wenn jeder auf seine eigene Faust wurteln kann, ohne sich dabei um das Wohl der Allgemeinheit zu kümmern? **Man hilft dem Proletariat nicht aus seinem Elend, indem man ein Chaos schafft und es dann jedem einzelnen überläßt, sich aus diesem Chaos zu retten.** Nein, „revolutionärer Wille und revolutionäre Tat", wie die AAU.-Leute schreiben, ist nur dann möglich, wenn die Arbeiterschaft geschlossen und einig sich unter **den Führern, die es ehrlich** mit ihr meinen, zum Kampf formiert. Das Gegenteil ist politischer Wahnsinn und muß die Arbeiterschaft nur in immer größeres Elend stürzen.

Mein der Satz: „Revolutionäre Räte sind Todsünde der **gesetzlichen Bischräte**, die in den letzten Tagen in „Betriebsrätenollversammlungen" die proletarische Klassensache mit Füßen treten", zeigt, daß es den AAU., und KAPD.-Kämpen nur darum zu tun ist, die Arbeiterschaft zu verwirren und mit Mißtrauen zu erfüllen gegen die einzige Organisation, die noch wirklich für die Interessen des gesamten Proletariats ohne Unterschied der Partei eintritt. Es ist sehr leicht, die verzweifelnde Arbeiterschaft zu individuellen terroristischen Gewaltaktionen und Unbesonnenheiten zu verleiten und dieselben dann, wenn die gegen einzelne Individuen immer noch starke Klassenjustiz zupackt, ihrem Schicksal zu überlassen, wie es die KAPD. und AAU. schon des öfteren getan hat und wofür **Max Hölz** ein lebendes Beispiel ist, der, früheres Mitglied der KAPD. und der AAU., vergessen von denselben lebenslänglichen Tod im Zuchthaus erlebet. Damit aber befreit man nicht das Proletariat von den Fesseln des Kapitalismus, sondern stößt dasselbe nur immer tiefer ins Elend hinab. Die KAPD. und die AAU. hat ihr Flugblatt ganz richtig deklariert. „Schaumparolen und Zwittergestalten" sind es wirklich, die in demselben aufgestellt werden und die dasselbe unterzeichnet haben.

Es gibt übrigens zu denken, daß nur die KPD. in diesem „Fluch"-blatt so mit Dreck beworfen wird, während die VSPD. mit einem einzigen kleinen scherzhaften Seitenhieb wegkommt. Sollten die Mittel für dieses „Fluch"-blatt vielleicht aus denselben Quellen wie die Mittel der VSPD. geschöpft werden und dafür diese Solidarität mit der VSPD. und den Unternehmern im Beschmutzen der KPD. stammen? Flugblätter kosten Geld und solches findet man nicht auf der Straße.

Bitterfeld. 9. Internationaler Jugendtag. Am Sonnabend, dem 1 September, abends 8 Uhr, findet im „Bürgergarten" ein proletarischer Abend statt, wozu die Arbeiterschaft, jung und alt, von Bitterfeld und Umgebung eingeladen ist.

Zörbig. Aus der Partei. Morgen, Sonnabend, den 1. September, abends 8½ Uhr, findet im Parteilokal „Dorotheenhof", die fällige Mitgliederversammlung statt. Hauptthema ist: „Die Lehren des Generalstreiks." Alle Mitglieder sollten sich bewußt sein, daß es mehr denn je Pflicht ist, unbedingt zu erscheinen. Die uns bevorstehenden Kämpfe zwingen uns, mit doppeltem Eifer an die Arbeit zu gehen. Der Generalstreik hat auch den uns Fernstehenden gezeigt, wer ihre Interessen am besten vertritt, und es ist Pflicht eines jeden Genossen, weiterhin mit vollem Eifer zu arbeiten, neue Mitglieder und „Klassenkampf"-Leser zu werben. Gelingt es uns, die revolutionäre Front zu verstärken, dann steht die Todesstunde des Kapitalismus vor der Tür, dann wird es kein Herr Giesecke oder Koßik und Konsorten es wagen, die Arbeiter ohne jeglichen Grund auf die Straße zu werfen. Darum auf, Genossinnen und Genossen, bereiten wir die letzte Schlacht vor, die uns zum endgültigen Siege führen wird.

Eilenburg. Gebt ihnen die gebührende Quittung. Die VSPD. will heute abend in einer öffentlichen Versammlung Aufklärung über den Generalstreik geben. Dazu hat sie sich den als Zivilkommissar bekannten Reichstagsabgeordneten Krüger bestellt. Die Eilenburger Arbeiterschaft kennt Krüger und sie wird den Herrschaften die nötige Aufklärung schon geben. Die 5000 Mk. Eintrittsgeld, die die VSPD. erhebt, dürfen die Arbeiter nicht abschrecken. Jeder revolutionär denkende Arbeiter, jeder Mann, jede Frau, die Aufklärung haben wollen, müssen in diese Versammlung gehen. Die Kommunistische Partei hat keine Veranlassung, sich zu verkriechen, wie es bisher die Herren Sozialdemokraten getan haben. Wir werden der Eilenburger Arbeiterschaft über den Generalstreik Rede und Antwort stehen, wir lassen sie nicht im Stich. Deshalb alles hinein in die Versammlung, um dieser Sorte von Arbeitervertretern die gebührende Quittung zu geben.

Delitzsch. Schoenlanks Weihespiel. Freitag abend 7 Uhr im „Lindenhof" Probe der Kommunistischen Jugend zum 9. Internationalen Jugendtag. Von 8 Uhr an Generalprobe zum Schoenlanschen Weihespiel: „Die Erlösung". Die Parteigenossen müssen pünktlich erscheinen. Rollen, die noch im Besitze von Mitwirkenden sind, müssen mitgebracht werden und sind vorher durchzulernen.

Bitterfeld

Am Sonntag, dem 2. September, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten":

Große internationale Kundgebung

Es sprechen Jugendgenossen aus Rußland, Ungarn, der Tschechoslowakei und dem Ruhrgebiet.

Proletarier, Jungproletarier, erscheint in Massen!

Am Nachmittag von 1 Uhr an Beisammensein auf der Binnengartenwiese mit anschließender Abschiedsfeier für die auswärtigen Jugendgenossen.

KPD. Bitterfeld. KJD. Bitterfeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0003

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

K·P·D

Bezirksorganisation Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1474. — Postscheckkonto Leipzig 10700. Arbeiter-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Bezirksreferenten wegen Internationalen Jugendtag verschoben.

Alle Kommunisten der Betriebe Zimmermann, Klassenhag.u, Weiße & Monski, Dienstag, den 4. September, gleich nach Arbeitsschluß in der Prob.-Gen.: Wichtige Besprechung.

Kommunistische Maler, Lackierer- und Anstreicher erscheinen am Sonnabend, dem 1. September, abds. 8 Uhr, zu einer wicht. Besprechung in Teichmanns Restaurant.

Distrikt 8. Sonnabend, den 1. September, abends 7 Uhr, in dem bisherigen Distriktslokal: **Versammlung.** Zähner- und Hundeschaftsführer haben textlos zu erscheinen. Alle kassierten Gelder müssen abgerechnet werden. Die Frauen sind zur Versammlung mitzubringen.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Distrikt Diläu, Lettin, Schiepzig, Nietzkau. Sonntag, den 2. September, abends ½8 Uhr, im Gasthof Wierschke: Funktionärversammlung.

Kreis Bitterfeld

Zörbig. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, im „Dorotheenhof": Mitgliederversammlung.

Gröpzig. Montag, den 3. September, abends ½8 Uhr, im Gasthof Schmidt: Generalversammlung.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": Großes Internationales Meeting.

Kreis Merseburg

Gr.-Lissa. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentl. Vers.

Kreis Naumburg

Naumburg. Sonntag, den 2. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn": Große öffentliche Versammlung.

Kreis Zeitz

Hohnsburg. Sonntag, den 2. September, nachmittags 3½ Uhr: Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

5 Tage

beträgt die Zahlungsfrist für die Rechnungen der Bezirks-Zentral-Buchhandlung, sonst werden die ausgestellten Rechnungen ungültig und Rechnung wird nach der neuen Schlußfeiahl umgeucht.

Nur eine Anzeige

im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung

und Sie sind unser ständiger Inserent!

Bekanntmachungen

Das Reichsmietengesetz.

Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 273) in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12 Juni 1922 (Gesetzsammlung S 129) wird gemäß unserem Beschluß vom 24. August 1923 mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Bescheid vom 28. August 1923 — I W 11 875/23 —) die Verordnung des Magistrats vom 27. März 1923 in folgenden Punkten geändert:

1. Der Zuschlag für Inlendienst und Kostensteigerung beträgt ein Viertel der Grundmiete (25 Proz.).
2. Der Zuschlag für Verwaltungskosten beträgt das 3995fache der Grundmiete (399 500 Proz.).
3. Der gemäß § 4, Abs 1, der Magistratsverordnung vom 27. März 1923 zu leistende Betriebskostenvorschuß beträgt bei monatlicher Mietzahlung das Fünffache der Summe der im Vormonat entstandenen Betriebskosten und bei vierteljährlicher Mietzahlung das 20 fache der Summe an Betriebskosten, die im vergangenen Vierteljahre entstanden sind.
4. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 3, des Reichsmietengesetzes beträgt das 16 320 fache der Grundmiete (1 632 000 Proz.).
5. Für die Umlagefähigkeit im Sinne des § 5, Abs. 3, der Magistratsverordnung vom 27. März 1923 in Verbindung mit der Magistratsverordnung vom 28. April 1923 genügt, daß die seit Oktober 1920 nachgewiesenermaßen ausgeführten und notwendig gewesenen oder in den nächsten 12 Monaten auszuführenden notwendigen Instandsetzungsarbeiten den einfachen Jahresbetrag des Zuschlages für laufende Instandsetzungsarbeiten übersteigen.
6. Der gemäß § 5, Abs. 3, der Magistratsverordnung vom 27. März 1923 vor dem Mieteinigungsamt zu erbringende Nachweis kann auch vor den Mietern bezw. der Mietervertretung geführt werden.
7. Der auf Antrag vom Mieteinigungsamt festzusetzende Zuschlag für die Verzinsung und Tilgung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten ist im Einzelfall auf höchstens das 16 000 fache der Grundmiete (1 600 000 Proz.) zu bemessen.
8. Dieser Beschluß tritt mit dem 1. September 1923 in Kraft. Die Magistratsverordnung vom 30. Juli 1923 tritt mit dem Ablauf des 31. August 1923 außer Kraft.

Halle a. d. S., den 30. August 1923.

3788 **Der Magistrat.**

Die nächste Nacheichung der Meßgeräte findet statt:

Vom 3. bis 8. September 1923:
Merseburger Straße 3—24, 154—163, Königstraße 12—80;

vom 10 bis 15. September 1923:
Pfännerhöhe 1—34, Wolfstraße 10—24, V. Vereinsstraße, Torstraße 11 und 12, Ste.weg 1—26;

vom 17. bis 22. September 1923:
Steinweg 27-55, Dryandenstraße, Thomasiusstr. 1-12, 35-50;

vom 24. bis 29. September 1923:
Steilbeistraße, Südstraße, Landwehrstraße 7—20, Blücherstraße, Riemeyerstraße, Kuchenstraße, Thielenstraße, Bruckdorfer Straße, Dienborner Straße, Lindenstraße, Turmstraße 2—4, 155—158, Prestenbeg.

Halle, den 27. August 1923. 3777

Die städtische Polizeiverwaltung.

Hiermit bestelle ich vom .....: den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", die Beiloagen: „Kämpfende Jugend", „Die kommunistische Frau" u. „Befreites Land".

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Pst! — Hören Sie mal, vom 1. September an bringen Sie mit auch den „Klassenkampf"

Achtung! 3785

Jeden Freitag und Sonnabend billiger Verkauf von

Schlosseranzügen und Arbeitshosen

Paradeplatz 1a, Eckladen.

Größte Auswahl, billigste Preise

Kinder- u. Klappsportwagen

Bruno Paris, Halle a. d. S.

3782 jetzt Leipziger Straße 12.

Damen-Hüte
Herren-Hüte

zum Umpressen auf die **neuen**

Herbst- u. Winterformen 1923

werden bei **enorm billigen Preisen** in der

Hutfabrik Phil. Högl, Halle

21 Kl. Ulrichstr. 21
20 Gütchenstr. 20

hergestellt. 3789

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Bekanntmachung.

Am schwarzen Brett Meßgeschläge für September. — Krankenhauspflegungskosten.

Delitzsch, den 29 Aug. 1923.

3473 **Magistrat Delitzsch.**

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin

für **Roitzsch** für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen **Rich. Henze,** Weststr. 15.

Zeitungsträgerin

für **Ramsin** zum 1. Septbr. 1923 gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Gen. **Franz Retzke,** Zscherndorfer Straße 1, melden.

Leder-hüte

Die große Mode in hochfeinen Ausführung. u. Uebergangshüte i. reichst. Wahl u **noch sehr vorteilhaft!**

Jetzt ist es Zeit, an **Umpreßhüte** zu denken, große Formenwahl u. prompte sachgemäße Ausführung!

Modehaus Seitzner, Leipzigerstraße 53

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe

kauft laufend

Metall-Kontor

Alice Abramowitz, Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden)

Sehr gut erhaltener gelb Korbkinderwagen zu verkaufen. 3780 Fellenstr. 6 b, III r. rechts

Baugewerkschaft Halle.

Sonnabend, d. 1. September, abds. 8 Uhr, im „Volkspark", Mittelzimmer:

Versammlung d. Bau-Werkmeister.

Alle Kollegen müssen erscheinen. 3786

Der Obmann.

Stadt-Theater

Sonnabend, abends 7½ Uhr: **Die Nibelungen.**

Sonntag, abends 7½ Uhr: **Aida.** 3792

Mod. Theater.

Herbstsaison-Eröffnung.

Das große Programm.

12 erstklassige Nummern v. Kabarett u. Varieté 3779

Regattes

3783

gute Qualitäten, vornehme Muster.

Dauerwäsche-Vertrieb

Kl. Berlin 2

Mode-zeitungen

empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Wir kaufen u. zahlen

für

Lumpen	p. kg.	**80 000**
Papierabfälle	„ „	**30 000**
Bücher u. Zeitungen	„ „	**50 000**
Knochen	„ „	**20 000**
Sackzeug	„ „	**40 000**
Woll. Strumpfabfälle	„ „	**500 000**

Schafwolle von **2** bis **3 Millionen** p. kg.

Eisen, Metalle, alle Sorten Felle zu Berliner Börsenpreisen.

Paul Theuring G. m. b. H.

Telephon 5659 und 4363

Gr. Brunnenstr. 60/61, Triftstr. 24, Augustastr. 17, Hof, **Breitestr. 34, Mühlberg 12,** an der Kleinen Ulrichstraße. **Mansfelder Straße 63/64,** direkt am Hallmarkt, **Große Brauhausstraße 19,** Hof. 3790

Notgeld der Stadt Halle.

Wegen des noch fortdauernden Mangels an gangbaren Zahlungsmitteln gelangen von heute an weitere Notgeldscheine der Stadt Halle im Werte von

5 Millionen Mark 3787

zur Ausgabe.

Das Notgeld wird zur Einlösung aufgerufen werden, sobald der Zahlungsmittelbedarf durch Reichsgeld befriedigt werden kann.

Halle, den 31. August 1923. **Der Magistrat.**

Volkspark-Varieté

Direktion: Fred Landmer.

Burgstraße 27.

Morgen, Sonnabend, 7.30 Uhr:

Das große Eröffnungsprogramm

Saalöffnung 6 Uhr.

Sonntag nachm ½4 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen. ½8 Uhr: 3784

Varieté mit anschl. **Tanz.**

Allgem. Ortskrankenkasse Halle (S.)

Für die **Aufführungen** des Films: **„Die weiße Seuche"** am **Sonntagnachmittag** im **Thaliasal** u. **abends** in der **Latina,** sowie am **3. u. 5. September** im **Thaliasaal** können Mitglieder der Ortskrankenkasse

Karten zum halben Preise

in der Geschäftsstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse erhalten 3791

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Vereine

benötigen

Drucksachen

Bestellt dieselben bei der Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offerten ein.

Arb.-Sänger-Chor.

Jed. Mittwoch, ab. 8 U. „Volkspark" Singestunde.

Frauen- und Mädchen-Chor.

Jed. Donnerstag, ab. 8 Uhr, „Volksp." Singestunde.

Gleichchensteiner Arbeiter Lieder-tafel

Mitgl. d. Kommun. Arb.-Sänger-Bds.

Wir probefahrt „Lüder. Berg", Reisst Jed. Freitag abds 8 U. Singestunde. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Naturfreunde.

Heim Weidenpl. 20 (Jeden-Eingang)

Kindergruppen Von jetzt ab. Sonntag von 5-7 Uhr, für Kinder v. 7 bis 10 Jahren i. Heim, Laurentiusstr. 29

Jed n. Donnerstag von ½6-7 Uhr, f. Kinder von 10 bis 14 Jah en, i. Heim, Weidenpl 20 (Red.-Eingang)

Jugendgruppe.

Donnerstag, von 7-9 Uhr, im Heim, Weidenpl. 20. Zusammenkunft.

Mädchengruppen.

Jetzt weiter: Anfänger-Gruppe jed Donnerstag von 8 bis 10 Uhr, i. Heim, Weidenpl. 20. Kinder v. 7-8 Uhr — Notenspiel. Jed Freitag, v 7½ bis 10 Uhr, im Heim Laurentiusstr. 29.

Sonnabend, abends 7 Uhr, im „Volkspark", Zimmer 7. Vierteljahrs-Versammlung.

Sonntag, in der Dübl. Heide, Eisenhammer Gruppentreffahrt. Abfahrt: Früh 1 26 u. 5.37 Uhr. Anmeld. bis Freitag abend.

— Beteiligung am Intern.-Jugendtag Kindergruppen (auch die kleinen) Sonntag, nachm. 2 Uhr, auf der Peßnitzbrücke. Treffen.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Nat. Betr.-Org.).

Heute, ½8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle

Mitglied des Arb.-Samariterbundes.

E B

Jeden Dienstag, a. dem Sandanger Uebungsstunde, bei schlechtem Wetter i. d. Charlottenschule.

Proiet. Kultur-Vereinig., Halle.

Lokal: „Lüder. Berg".

Heute, Freitag, 8 Uhr, in „Albrecht Berg": „Unterricht". — abds 8-9 Uhr, i. „Lüd. Berg": Abgabe e. Stundenlohnes f. Arbeitslose Mitgliedsbuch mitbringen.

Sonnabend, pünktl. ½8 Uhr, i. „Lüder. Berg": Probe der gesamten Vereinigung

Sonntag, früh 7 Uhr, im Landheim.

— ½11 Uhr, im Volkspark: Musik-Abteilung.

Montag, ½8 Uhr, im „Volkspark": Bühnenprobe der gesamten Vereinigung

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsst. Zustgarterstraße 15. Bibliothek Bücherausgabe jed Montagnachm 5-6 Uhr. Freitag, ab. ½7 U., Gruppe W. Zusammenkunft.

Arb.-Radfahr.-Bund „Edelweiß", Halle.

Sonntag, d 2. September. Frühmorgens Ausflugnach Jüchteritz, Halle. Abmarsch 2 Uhr a. d. Dieburger Brücke.

Kath. Man.-Bund.

Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Verein am der Alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Arb.-Schwimmverein, Ortsg. a. S.

Mitglied des Arb.-Turn.-Bds. Am Mittwoch, dem 12. September an, fand. um. Uebungsstund. wieder regelmäßig i. Stadtbad statt, und zwar Mittwoch, 8-9 Uhr: Damen-Abteilung. Donnerst., 7-8 Uhr, schüler-Abteilung: — von 8—9 Uhr: Männer-Abteilung

Dienstag, 4. Sept., abds. 7½ Uhr, beim Genossen Günther, Geiseter. 16: Bezirks-Sortl.-Sitzg.

Kanu-Abteilung.

Sonntag, 2. Sept., vormitt. 9 Uhr, in d. Prod.-Genossenschaft: Versammlg. Sonnabend, 8. Sep., abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" Mitglied.-Versammlg.

Kom. Kindergruppe.

Heim: Rathausst. 16

Freitag, nachmittl. 4 Uhr: Spielen a. d. Peßnitz f. alle Gruppen.

Sonntag, 10 Uhr: Teiln am Jugendtag. Treffen: Um 10 Uhr, vor dem Volkspark

Montag: Keine Funktion.-Sitzung.

Mittwoch, 4 Uhr, im „Volksp" f. Gruppe Norden

— 5 Uhr, i. Jugendheim, Rathausstr 16, für Gruppe Zentrum.

— 4 Uhr, i. d. „Prod.-Gen." f. Gr. Süden.

Kom. Jugend, Halle, Rathausstraße 16.

Heim geöffnet von 6—8 Uhr.

Bibliothek Mittwoch von 8-9 Uhr.

Heute, Freitag, um ½8 Uhr i. „Volkspark" Hauptprobe des Sprechchors.

Sonnabend, 7 Uhr, im Heim: Treffen aller Genossen.

Sonntag: Siehe Lokales

Trotha

Arb.-Bildungs-Verein, Trotha

Lokal: Trotha, Bollstr.

Dienstag, 8 Uhr: Diamat Abteilg.

Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung

Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg.

Freitag, 6 U.: Kinder-Mandol.-Abtg.

Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg.

Dienstag, 4. Sept., abds. ½8 Uhr, im Vereinslokal: Vorstands-Sitzung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz

Vereinslok. Lindenhof

Uebungsstunden.

Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr.

Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr.

Jugd.-Mandl.-Abt.: Dienstag u. Donnerstag v. 7-9 Uhr.

Das Buch der Proletarier.

Das **A B C** des **Kommunismus.** Von N. Bucharin u. E. Preobrashensky 3. unveränderte Auflage, F ist wieder vorrätig. Zu beziehen durch **Bezirks-Zentralbuchhandlg. Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstr. 14 und deren Filialen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 31. August 1923.

Hilferding baut die Beamtengehälter ab

In einer Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Beamten erklärte Hilferding, daß er die vierteljährlichen Vorauszahlungen des Gehaltes einstellen muß und die Gehälter nur noch monatlich im voraus zahlen kann. Ehe diese neue Gesetzvorlage an den Reichstag geht, sollen nochmals Besprechungen mit den Beamtenorganisationen stattfinden, nachdem die Spitzenorganisationen die Gehaltsverschlechterungen bei den Beamten mit den „finanziellen Notwendigkeiten" begründet und sie für die Annahme derselben reifgemacht haben. Die neue Regelung soll am 1. Oktober in Kraft treten.

*

Die vierteljährliche Vorauszahlung war für die Beamten ein kleiner Ausgleich für die Hungergehälter, die sie bezogen. So wird den Beamten ein Recht nach dem anderen genommen. Erst wird ihnen das Streikrecht, nun das Recht auf das Leben genommen, denn diese neue Aenderung bedeutet für die Beamten eine neue Verschlechterung der Lebenslage. Der Schritt ist von langer Hand vorbereitet. Tagelang hetzten alle Zeitungen gegen die Beamten, von den sozialdemokratischen angefangen bis zu den rechtsstehenden Blättern. Die Koalitionsregierung ist unfähig, die Sachwertbesitzer und Schieber anzufassen. Sie will die Billionengewinne, die gewissenloses Schiebergesindel ergaunert, aus den Taschen der Beamten herausziehen. Die Koalitionsregierung unterscheidet sich in ihren Maßnahmen in nichts von der italienischen faszistischen Regierung.

Warum sie so hetzen

„Wenn meine Regierung fällt, ohne etwas erreicht zu haben, werde ich wahrscheinlich der letzte bürgerliche Reichskanzler von Deutschland gewesen sein. Dann wird nicht nur Deutschland, sondern auch ein großer Teil von Europa dem Bolschewismus unterliegen. Wenn wir das deutsche Volk ernähren können, wird vielleicht noch alles gut werden. Das deutsche Volk ist sehr geduldig, aber wenn es keine Nahrung hat, wird es etwas unternehmen."

Stresemann in einem Interview mit der „Daily Graphic".

Wenn sich die mitteldeutschen Arbeiter beim Lesen der gestrigen Schimpfereien des hallischen „Volksblättchens" vergehens fragen werden, warum man gerade jetzt den Feldzug gegen die Kommunisten unternimmt, dann mögen sie sich diese Stresemann-Worte als Motto aller „Volksblättchen"-Schimpfereien denken — und dann werden sie alles begreifen.

Erst vorgestern haben wir in die Moralsäure des „Ethikers" F. O. H. Schulz ein paar Tropfen ganz gewöhnlichen Wassers hineingetan und durch ein paar einfache Tatsachen festgestellt, wie die verlumpten Gauner im „Volksblättchen" schwindeln. Gestern fanden sie in dem Organ der Reichs-Lügenfabrik, im „Vorwärts", wieder so einen „fetten Happen", den sich die schmarotzenden Abnehmer in der Provinz natürlich nicht entgehen ließen. Und so druckte auch das „Volksblättchen" einen vom Preußischen Pressedienst aus einer Anzahl gestohlener kommunistischer Dokumente zusammengestellten Artikel ab, dem F. O. H. Schulz die Ueberschrift: „Regierung des Nordens" gab, übrigens dieselbe, die auch der „Vorwärts" brachte.

Wir können leider aus technischen Gründen heute das „Material" noch nicht zum Abdruck bringen. Wir werden das aber morgen nachholen, um zu zeigen, daß sich die Kommunistische Partei nicht scheut, das offizielle Schreibwerk der Köpfe und Präger im preußischen Pressebureau, das zusammengetragen wurde, um das Vorgehen gegen die Kommunistische Partei durch die sozialdemokratischen Polizeiminister zu rechtfertigen, der Kritik der Arbeiteröffentlichkeit zu unterbreiten.

Die sozialdemokratischen Redakteure sind in einer unangenehmen Lage. Die Mitglieder ihrer Partei wollen von den preußischen Polizeimethoden, die ihre Obergenossen in der Regierung gegen die kommunistischen Klassengenossen anwenden, nichts wissen. Ueberall werden sie von ihren eigenen Parteigenossen niedergeschrien, wenn sie es wagen, die Stinnes-politik zu rechtfertigen. So erging es jetzt auch dem Herrn F. O. H. Schulz in Delitzsch. Und darum ist es auch zu verstehen, daß er alles aufgreift, um die Arbeiter schließlich doch noch irre zu machen.

Es wird ihnen nicht gelingen. Wenn die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern statt der Bluthetze gegen die Kommunisten noch ein Stück Brot geben könnten, dann könnten sie auf ganz Einsältige, vielleicht noch einigen Eindruck machen. Im Zusammenhang aber mit dem oben zitierten Stresemann wird jeder verstehen, warum jetzt die Sozialdemokraten die eifrigsten Hetzer gegen die Kommunisten sind.

Um die Erhaltung des Arbeitersekretariats

Der Vorstand beschäftigte sich in der Sitzung vom 28. August mit der Weitererhaltung des Arbeitersekretariats. Der Kassierer teilte mit, daß mehrere Gewerkschaften den Umlagebetrag von 1032 Mark pro Mitglied noch nicht abgeführt haben und außerdem mit den Beiträgen im Rückstande sind. Es dürfte als ausgeschlossen gelten, daß die Gewerkschaften gegenwärtig in der Lage seien, das Gehalt für die Sekretäre für den Monat August aufzubringen, viel weniger noch das in wenigen Tagen fällige September-gehalt. Es wurde daher beschlossen, Sammellisten an die Hauskassierer der Gewerkschaften und in die Betriebe zu geben, um zu versuchen, das Arbeiter- und Betriebsrätesekretariat durch freiwillige Sammlungen noch aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterschaft kann ihre einst durch große Opfer gegründeten Einrichtungen nicht ohne die äußerste Not preisgeben. Denn gerade jetzt, wo die arbeitende Bevölkerung in der größten Not ist, wo sie von allen Seiten und mit allen Mitteln ausgebeutet und rechtlich immer mehr eingeengt wird, bedarf sie des Rechtsschutzes am meisten. Es wird erwartet, daß sich die Kollegen lege an der Sammlung beteiligen und die gesammelten Gelder dann sofort an das Gewerkschaftskartell abliefern. Außer diesem müssen die Gewerkschaften verpflichtet werden, den für August beschlossenen Beitrag von 250 Mark pro Mitglied und Woche unverzüglich zu entrichten.

Da es nicht mehr angängig ist, daß der Kassierer fast tagtäglich und dazu meist vergeblich die Gewerkschaften besucht, werden die Gewerkschaften dringend gebeten, die Beiträge nunmehr zum Gewerkschaftskartell zu bringen. Der Kassierer wird an jedem Montag und Mittwoch von 5 bis 7 Uhr im Arbeitersekretariat anwesend sein. Außer dieser Zeit darf der Kollege Grabow Gelder annehmen.

*

Die VSPD.-Führer sind darüber, daß die Kartelldelegierten den Saboteur Wielepp an die Luft gesetzt haben, ganz aus dem Häuschen. Als heute morgen unser Genosse Grabow den vorstehenden Artikel in die Redaktion des „Volks"blättchens brachte, wurde er von dem Ethiker F. O. H. Schulz nach einem kurzen Wortwechsel aus dem Zimmer gewiesen.

Auszahlung von Gemaßregelten-Unterstützung

Die weitere Auszahlung der Unterstützung an die Gemaßregelten findet am Sonnabendvormittag von 9 bis 12 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft statt.

Das Unterstützungskomitee.

* **Achtung, Erwerbslose!** Am Montag, von vormittags 9 Uhr an, wird in der Produktiv-Genossenschaft eine Registrierung aller Erwerbslosen vorgenommen. Sämtliche Erwerbslose (männliche und weibliche, Gemaßregelte, unterstützte und nicht unterstützte) müssen sich melden, auch diejenigen, die schon früher einmal registriert worden sind.

* **Der Erwerbslosenrat** ersucht uns mitzuteilen, daß am Montag, dem 3. September, vormittags 9 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft eine Sitzung des Erwerbslosenrates stattfindet, zu der eingeladen werden: die sozialistischen und kommunistischen Stadträte, je ein Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion, je ein Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, zwei Vertreter des Gewerkschaftskartells und ein Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter.

Baugewerkschaft Halle. Sonnabend, den 1. September, abends 7 Uhr, treffen sich alle Maurer und Bauhilfsarbeiter von Lettin und Umgebung in Lettin im Restaurant zur „Erholung", zu einer wichtigen Besprechung.

* **Notlandung eines Flugzeuges in Zretha.** Gestern vormittag mußte ein Verkehrsflugzeug der Junkerwerke Dessau, das 7.20 Uhr in Dessau aufgestiegen war, und zu den Filegerfestlichkeiten auf die Rhön (Wasserkuppe) wollte, in der Nähe des Wasserwerks Zretha infolge Zylinderbruchs notlanden. Nach erfolgter Reparatur kehrte das Flugzeug nach Dessau zurück. Sachschaden ist nicht entstanden.

* **Sturmschäden.** Am Donnerstagvormittag wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Prinzenstraße 24, gerufen. Durch den Sturm hatten sich auf dem Dache des Grundstücks zwei Laufstreifen gelöst und waren auf die Straße gestellen. Von der Feuerwehr wurden die übrigen Laufbreiter vom Dach heruntergenommen. Menschenleben wurden nicht gefährdet. — Am gleichen Tage wurde eine Frau, die mit einem Zentnerkorb voll Holz, von der Heide kommend, die Kröllwitzerstraße passierte, von dem herrschenden Sturm erfaßt und zu Boden geworfen, wobei sie sich anscheinend einen Beinbruch zuzog. Sie wurde der Klinik zugeführt.

Theater und Konzerte

Volkspark. Infolge der ungünstigen Verhältnisse und der immer schwerer werdenden Aufrechterhaltung des Arbeiterheimes „Volkspark", hat sich die Verwaltung veranlaßt gesehen, ab 1. September den kleinen Saal als Unterhaltungsstätte für die hallische Arbeiterschaft unter Leitung des hier bekannten Fred Landerer einzurichten. Wir richten nun die dringende Bitte an alle Genossen, dieses Unternehmen mit allen Kräften zu unterstützen und in den Bekanntenkreisen dafür zu werben. Die Bewirtung hofft, daß das Verständnis für diese Sache in allen Kreisen der Genossen vorhanden ist.

Stadttheater. Die Eröffnung der neuen Spielzeit im Stadttheater findet morgen, Sonnabend, abends 7½ Uhr, mit Hebbels „Nibelungen" (1. und 2. Abteilung) statt. Das Drama wird am Montag zum ersten Mal wiederholt. Am Sonntagabend 7½ Uhr, geht Verdis Oper „Aida" in Szene. Am baldigste Abholung der bestellten Stammkarten an der Kasse des Stadttheaters (vormittags von 10 bis 2 Uhr) wird gebeten.

Im Thalia-Theater findet am Sonntag, den 2. September, abends 7½ Uhr, als Eröffnungsvorstellung der diesjährigen Spielzeit die Erstaufführung der lustigen Komödie „Hackepeters Erben" von Robert Größich statt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters und eine halbe Stunde vor Beginn an der Abendkasse des Thalia-Theaters.

„Die Löhne der Arbeiter sind zu hoch!"

Lohnabbau-Offensive der Unternehmer und Gewerkschaftsbureaukraten

In diesen Tagen wiederholt sich zwischen den Gewerkschaftsspitzen und den Unternehmern ein ähnliches Spiel wie im November 1918. Wie damals, so ist auch heute die ganze Oeffentlichkeit auf die hochpolitischen Ereignisse, Regierungssturz, Generalstreik usw. eingestellt. In derartigen Zeiten lieben es die Gewerkschaftsgrößen, möglichst geräuschlos im Hintergrund zu arbeiten. Doch die Folgen ihrer scheinbar bedeutungslosen Tätigkeit erweisen sich dann nachträglich für die gesamte Arbeiterklasse als im höchsten Grade schädlich. Das deutsche Proletariat mußte schon mehr als einmal zu spät erkennen, daß es zu einer Zeit, wo es sich politisch am stärksten fühlte, fast unbemerkt von verräterischen Gewerkschaftsführern auf wirtschaftlichem Gebiet an Händen und Füßen gefesselt worden ist. Während im November 1918 die Massen auf den Straßen standen und formell die ganze politische Macht in die Hände bekamen, gründete der ADGB. mit den Stinnes, Wäsler usw. die Zentralarbeitsgemeinschaft, durch die die Revolution verkauft und verraten wurde. Obwohl der letzte Gewerkschaftskongreß ausdrücklich den Rücktritt der Gewerkschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossen hat, lebt diese Institution munter weiter und maßt sich an, die weitragendsten Beschlüsse für das gesamte Proletariat zu treffen. Und jetzt wieder kann das Stinnes-Organ, die „DAZ.", in ihrer Morgenausgabe vom 24. August von in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen und fertigen Abmachungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft berichten, die in ihrer Auswirkung nicht minder schädlich für das Proletariat wirken müssen, als die damaligen Novemberabmachungen. Die „DAZ." — bezeichnenderweise berichtete der „Vorwärts" in seinen beiden Ausgaben am selben Tage noch nichts darüber — schreibt:

„Wie uns von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, haben sich die Spitzenverbände der deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft in mehreren Sitzungen der letzten Tage wiederholt mit dem Lohnproblem beschäftigt. Anlaß zu den neuen Unterhandlungen gab die Tatsache, daß bei der rapiden Geldentwertung der letzten Wochen der Reallohn zahlreicher Arbeiterkategorien eine Entwicklung genommen hat, die einer gerechten Abwägung der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmer nicht entspracht. Die Spitzenorganisationen sind sich darüber klar, daß eine endgültige Lösung des Lohnproblems nur gefunden werden kann durch Schaffung einer gesunden Finanzwirtschaft und Hebung der Produktion die zwischen Verbrauch und Erzeugung wieder das richtige Gleichgewicht herstellt."

Das heißt auf gut deutsch: Die Arbeitsgemeinschaft hält die jetzigen Löhne noch für zu hoch. Sie sollen abgebaut und dann stabilisiert werden. Wie das gemacht werden soll, geht aus folgendem, ebenfalls in der „DAZ." veröffentlichten Abmachung hervor:

„Es sollen die jeweiligen Lohnbeträge in den Grundlohn und einen Multiplikator zerlegt werden. Der Tariflohn wird sich dann also in Zukunft aus einer für einen Zeitraum von 4 bis 8 Wochen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten von beiden Vertragsparteien festzusetzenden Grundzahl zusammensetzen, die mit einer der gebräuchlichsten, die Bewegung der Lebenshaltungskosten wiedergebenden Indexziffer zu vervielfältigen ist. Seine Berechnung soll bei Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten dekadenweise erfolgen.

Als Multiplikator wird bei Reichstarifverträgen oder Tarifverträgen über größere Gebiete zweckmäßig die Reichsindexzahl des Statistischen Reichsamts Anwendung finden."

Wird dieser saubere Vertrag in der Praxis durchgeführt, dann hat die Gewerkschaftsbureaukratie endlich das erreicht, was sie längst anstrebte, nämlich die vollständige Ausschaltung der Arbeiter und breiten Mitgliedschaften bei den Lohnverhandlungen, und deren Verlegung in die Dunkelkammern der Arbeitsgemeinschaft. Was das heißt, kann jeder Arbeiter, der die Einstellung der Spitzen kennt, selbst ermessen. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer fühlt sich heute unter der Regierung Hilferding-Stresemann mehr denn je nur als Koalitionspolitiker und Retter des kapitalistischen Staates, denn als Vertreter der Arbeiterinteressen. Man lese den „Vorwärts", der in seiner Abendausgabe vom 24. August gegen die „hohen" Buchdruckerlöhne vorgeht und den Buchdruckern „Vernunft" anrät. Er schreibt wörtlich:

„Die neuen Buchdruckerlöhne sind zu hoch."

Und die „Leipziger Volkszeitung" unterstreicht die unwahre Behauptung Hilferdings, daß die Löhne die Friedenshöhe überschritten hätten, durch folgenden Schlußsatz ihres Leitartikels zu Hilferdings Rede im Reichstag:

„Auch die Arbeiterklasse wird sich in ihrer Lohnpolitik den Gesamtbedürfnissen der Wirtschaft anpassen müssen. Es ist unmöglich, Gold-, bzw. Friedenslöhne zu fordern, wenn die Zrassfähigkeit der gesamten Wirtschaft gegenüber Friedenszeiten um Dutzende von Prozenten vermindert worden ist."

So, hier sehen die Arbeiter, und vor allen diejenigen, die auch heute noch der VSPD. nachlaufen, schwarz auf weiß, wohin die Große Koalition führt. In der Tat, die Kapitalisten können sich keine besseren Sachwalter wünschen als solche VSPD.- und Gewerkschaftsführer, wie sie sich hier produzieren. Denn was die VSPD.-Organe schreiben, ist wörtlich genau so in den Unternehmerzeitungen zu lesen.

Seit Monaten schreien diese Helden nach wertbeständigen Löhnen, bezeichnen die Kommunisten als Schwindler usw. Jetzt, da sie wieder an der Regierungskrippe sitzen, wollen sie nicht einmal die jetzigen Hungerlöhne auf Grund des Reichsindex aufrechterhalten.

Doch die Herren von der Arbeitsgemeinschaft täuschen sich. Heute liegen die Dinge in den Gewerkschaften anders als 1918/19. Die Masse steht in ihrer Mehrheit auf Seite der Kommunisten und wird die Abmachungen der Arbeitsgemeinschaft als einen leeren Fetzen Papier behandeln, wenn sie ihren Interessen zuwiderlaufen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen in den Verbandsversammlungen sofort Aufklärung über das Treiben der ADGB.-Leiter verlangen. Um diesen Leuten aber jede Möglichkeit zu nehmen, mit ihren sauren Abmachungen auch nur einen Teil der Arbeiter zu beeinflussen, ist die intensivste Arbeit aller Revolutionäre in den Gewerkschaften heute notwendiger denn je.

Nieder mit dem Sedantag, dem Feiertag Eurer Mörder und Ausbeuter!

Heraus am 2. September zum 9. Internationalen Jugendtag!

Aus der Provinz

Schkeuditz. **Lipinski holt sich eine schwere Abfuhr.** Es gehört nicht nur der traurige Mut eines sozialdemokratischen Parteipapstes, sondern vor allem die Stirn eines Lipinski dazu, vor Schkeuditzer Arbeitern zu sprechen. Die VSPD. hatte, trotzdem sie hier am Orte vorgibt, auf dem „linken Flügel" der Partei zu stehen, sich Lipinski verschrieben, der das wrack Schiff der VSPD. flott machen sollte. Am Mittwoch sprach Lipinski in einer öffentlichen Versammlung und verteidigte mit den üblichen Redensarten eines sozialdemokratischen Parteiagitators die Koalitions-Regierung und die „Diktatur der Mehrheit." Lipinski gliederte die politische Lage, über die er referierte, in drei wesentliche Fragen: Teuerung, Geldentwertung und Ruhrbesetzung. Für alle drei Fragen hatte Lipinski wohl viele Worte, doch keine Antwort, die die Arbeiterschaft befriedigen könnte. Als Lipinski die Frage anschnitt: „Sollen wir dem Elend weiter zusehen?", da erwartete jeder Versammlungsbesucher, daß Lipinski auch den Weg zeigen würde, der aus dem Elend führt. Doch was tat Lipinski? Mit einer wüsten Hetze und gemeinen Verleumdung gegen die KPD. glaubte er die Dinge zu erledigen. Er empfahl „Hebung der Produktion durch Verbesserung der Technik", sagte aber nichts von der Produktionssabotage des Unternehmertums. Er schlug weiblich auf die Kommunisten wegen der Parole Bauern-Regierung herum und erklärte, daß die Großagrarier diejenigen gewesen seien, die während des Krieges die Ernährung sichergestellt, während die kleinen Landwirte nur geschoben und gewuchert hätten. Als sich Lipinski erdreistete, die Illigen Fehlplünderungen während des „von Moskau befohlenen" Generalstreiks wieder aufzuwärmen, wurde er stürmisch unterbrochen. In der Diskussion meldete sich Genosse Menzel zum Wort, dem man, weil die VSPD. nun einmal so viel Wert auf Demokratie legt, nur 15 Minuten Redezeit gestatten wollte. Bei der Abstimmung über diesen Antrag, mußten aber die VSPD.-Strategen ihr schmählichstes Fiasko erleben. Mit erdrückender Mehrheit wurde dem Genossen Menzel unbeschränkte Redezeit zugebilligt. Von der Abfuhr, die Lipinski durch Menzel erhielt, wird sich Lipinski nicht so schnell wieder erholen. Oft von Beifallsstürmen unterbrochen, legte Genosse Menzel die Pflichten einer revolutionären Arbeiter-Partei klar und stellte vor allen die niedrigen Anwürfe eines Lipinski gegen die KPD. und gegen die Arbeitermassen richtig. Mit ungeheuerem Beifallsstürmen endete Menzel, nachdem er 50 Minuten gesprochen hatte. Nach ihm kam Pätzold, der unvermeidliche Arbeiterrat von Anno 1918, zum Wort. Seine Redensarten erheiterten nur die Versammlung, und die Mädchen, die er auffischte, glaubte ihm kein Mensch. Lipinski versuchte im Schlußwort sich zu rechtfertigen, war aber heilfroh, daß die Zeit so weit vorgeschritten war, um abbrechen zu müssen, da der Zug nach Leipzig anrollte. So endete die Versammlung der VSPD. mit der Kanone Lipinski mit einem Erfolg für die KPD. Ob es Herr Lipinski noch einmal wagen wird, in Schkeuditz zu sprechen?

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Spielstellate. Bruchdorf—Radewell 2. mit 123 : 107; Halle 1.—Dieskau mit 98 : 85; Dieskau—Radewell 2. mit 91 : 89; Halle 1.—Bruchdorf mit 103 : 88; Halle 1.—Radewell 2. mit 132 : 107; Naundorf 1.— Ammendorf 2. mit 76 : 71.

HFK.-Minerva 09. Freitag, den 30. August, Versammlung bei Stuger. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, da wichtige Punkte zu erledigen sind. Sonntag, den 2. September, finden folgende Spiele statt: Beim Minerva-Platz hat: Minerva 1.— Fortuna 1. um 4 Uhr; Minerva 2.—Dölau 21 1. um 2½ Uhr; Minerva 3.— Dölau 21. 2. um 1 Uhr; Minerva 1. Jgd.—Giebichenstein 1. Jgd um 10½ Uhr; Minerva 1. Schüler—Giebichenstein 1. Schüler um 9½ Uhr. Sonntag treffen sich alle Sportgenossen eine Stunde vor Spielbeginn bei Stuger, Weißer Straße 47.

Arbeiter-Sportverein-Erdmitz. Sonnabend, den 1. September, haben sämtliche Mitglieder abends 7 Uhr, im „Lindenhof", zu erscheinen. Am Sonntag fährt die 1. Mannschaft nach Naumburg, um gegen den Kreismeister BSV.-Naumburg, ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Treffpunkt früh 7.15 Uhr, am Bahnhof. Die zweite Mannschaft spielt um 4½ Uhr auf den Brandbergen gegen Brachstedt 1. ASV. 3.— Brachstedt 2. um 1 Uhr, auf den Brandbergen.

BSV.-Lettin. Sonntag, den 2. September, spielen alle drei Mannschaften gegen Fichte-Radewell in Radewell. Die Mannschaften werden in der am Sonnabend, dem 1. September stattfindenden Versammlung aufgestellt. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, muß jedes Mitglied erscheinen. Mittwoch abend 8 Uhr findet bestimmt. Am vergangenen Sonnabend trug Vorwärts-Giesmerg 1. das Rückspiel gegen BSV. 2. Mannschaft aus. Lettin siegte nach schönem Spiel mit 2 : 0. Am Sonntag schlug BSV. 1.—Trotha 1. Hauptverein 1. nach stolzem Spiel mit 2 : 1. 2. Mannschaft spielte gegen Trotha 2. mit 2 : 2. 3. Mannschaft war spielfrei, da Fortuna 3. nicht antrat. Schülermannschaft siegte gegen Giebichenstein Schüler mit 2 : 1.

FK.-Fortuna Dölau. Resultate vom Sonntag: Viktoria 1.—Fortuna 1. mit 2 : 2; Fortuna 2.—Minerva 2. mit 3 : 5. Spiele für Sonntag: Fortuna 1.—Minerva 1. um 4 Uhr, im Gesellschaftsspiel. Abfahrt 12.45 Uhr, Heidebahnhof. Fortuna 2.—Gröbers 2. um 4 Uhr. Fortuna 3.—Gröbers 3. um ½5 Uhr, in Gröbers. 2. und 3. Mannschaft Treffpunkt Sonntag früh 10 Uhr, bei Dierschke. Abfahrt Hauptbahnhof 12.30 Uhr.

Ath. „Frisch Auf", Nietleben. Die erste Faustballmannschaft (Emmert, Seume, Hartlep, O. Menze, Haberland) führt Sonnabend nach Modelwitz, um am 2. September anläßlich des 20jährigen Stiftungsfestes des Arbeiter-Turnvereins Vorwärts-Modelwitz, Propagandaspiele auszutragen. Treffpunkt ½7 Uhr am Hauptbahnhof. Die zweite Mannschaft trägt auf eigenem Platze Serienspiele gegen Halle 2. nachmittags 2 Uhr, Kanena um ½4 Uhr und Reideburg 2. um 5 Uhr aus. Die Jugend spielt vormittags 9 Uhr gegen Kanena Jugend an der Heide. Die erste Handballmannschaft gewann am 26. August gegen Zwintschöna mit 7 : 2. Halbzeit 5 : 0 für Nietleben.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kreß, Halle, Merseburgerstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0005

Befreites Land

SPD. und Arbeiter- und Bauern-Regierung

Die großen Geister der WSPD. sind ganz aus dem Häuschen geraten. Sie wissen: wenn man Stinnespolitik treibt, muß man auch Kommunistenhetze treiben! Was sie nicht wissen, ist, an welchem Zipfel sie bei der Kommunistenhetze anfassen sollen. Darum quatschen sie das verrückteste Zeug, um sich letztem Endes selbst anzuklagen. In einem Flugblatt des Bezirksverbandes Berlin der SPD. wird mitgeteilt, daß die Kommunisten sich mit Stahlhelm und Reitervereinsbauern zusammen koalieren wollen. In einem anderen Aufruf von derselben Institution der WSPD. (siehe „Vorwärts" vom 16. August 1923) wird nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Bauern grueligemacht vor der Arbeiter- und Bauern-Regierung. Es heißt dort:

„Die proletarischen Hundertschaften sollen mit Hilfe der Kontrollausschüsse auf dem Lande Nahrungsmittel beschlagnahmen, mit den enteigneten Besitzern des weggenommenen Viehes, mit den Hunderttausenden, die im Bund der Landwirte organisiert sind, soll aber zugleich eine kommunistische Regierung gebildet werden!"

Wenn es sozialdemokratische Führer noch nicht wissen, so ist es doch den Arbeitern bekannt, daß auf dem Lande ebenfalls eine Klassenschichtung vorhanden ist. Die sich mehr und mehr verschärfende kapitalistische Wirtschaftskrise wirkt sich auch auf die kleinen Bauern aus, die heute schon zu einem Teil in Verschuldung geraten sind. Mit diesen kleinen Bauern erstreben wir Kommunisten ein enges Kampfbündnis gegen die kapitalistische Herrschaft, gegen die Industrie- und Agrarkapitalisten und Spekulanten.

Das Kleinbauerntum ist eine nichtproletarische, aber auch eine nichtkapitalistisch-wirtschaftende Schicht. Seiner Lage nach gehört der Kleinbauer jedoch an die Seite des Arbeiters und nicht an die Seite des Agrarkapitalisten. Darum machen wir dem Kleinbürger den ehrlichen Vorschlag, im Interesse aller Werktätigen, gemeinsam mit dem Proletariat um eine Arbeiter- und Bauern-Regierung zu kämpfen. Das Schreckgespenst vom Stehlen der Kuh des kleinen Bauern, dieser Unsinn aus dem agrarkapitalistischen Lexikon, ist so abgedroschen, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen.

Was die WSPD.-Führer vor der Arbeiterschaft der Kommunistischen Partei anhängen wollen, die Koalitionspolitik mit dem Bund der Landwirte, betreiben die sozialdemokratischen Führer praktisch selbst. Der Bund der Landwirte hat sich schon vor einigen Jahren zum Landbund umgetauft, an dessen Spitze nicht die Kleinbauern, sondern die Großagrarier stehen. Eine Reihe der Führer des großagrarischen Landbundes sitzen in der Reichstagsfraktion der Partei, mit der die WSPD. in eine Koalition getreten ist, in der Deutschen Volkspartei. Ebenso sind im Zentrum und bei den Demokraten eine Reihe von Großbauern vertreten.

Die Situation ist klar: Die WSPD. hat sich koaliert mit der Schwerindustrie und mit den Großagrariern gegen die Arbeiter und Kleinbauern. Die Kommunistische Partei erstrebt das Bündnis der Arbeiter und Kleinbauern gegen das Industrie- und Agrarkapital. Wenn die sozialdemokratischen Führer klassenweise annehmen, in diesem Kampf der Arbeiter und Kleinbauern ebenfalls einen Fußtritt zu erhalten, so beweist das, daß sie doch noch ein klein wenig historische Notwendigkeiten erkennen.

Klärung unter dem Kleinbauerntum

Der „Bund schaffender Landwirte", der in verschiedenen Aufrufen sich offen auf die Seite der kämpfenden Arbeiterschaft gestellt hat, der zusammen mit der Arbeiterschaft den Kampf gegen das Industrie- und Agrarkapital, gegen die kapitalistische Herrschaft, für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung führen will, wird mehr und mehr der Konzentrationspunkt des seiner Lage sich bewußten Kleinbauerntums. Wie wir aus der letzten Nummer des Organs dieses Bundes entnehmen, hat sich der bayrische Kleingütlerverband, Sitz Mosburg, Oberbayern, offiziell dem „Bund schaffender Landwirte" angeschlossen.

Kleinbauern für Beschlagnahme bei Gutsbesitzern

Ein Mitglied des Kontrollausschusses in Ulrichshalben (Kreis Weimar) berichtet uns:

„Bei meiner Tätigkeit als Kontrollausschußmitglied komme ich mit sehr vielen kleinen und mittleren Bauern in Fühlung. Fast allgemein wird mir von diesen gesagt: „Es ist richtig, wenn Ihr die Beschlagnahme der Nahrungsmittel bei den großen Gutsbesitzern durchsetzt, wir werden Euch dabei ebenfalls behilflich sein."

Bravo! Kleinbauern! In engem Bündnis mit den Arbeitern wird es gelingen, die Eiterbeulen am Wirtschaftskörper radikal auszuschneiden.

Die Großagrarier warnen die Kleinbauern

Beängstigt sehen die Agrarkapitalisten die breite Front der Arbeiter, Kleinbauern und Angestellten unter der Parole „Arbeiter- und Bauern-Regierung" sich formieren. Die großagrarische „Deutsche Tageszeitung" vom 22. August 1923 läßt deshalb eine „rechtzeitige Warnung der Bauernschaft" für „dringend geboten". Gewiß ist es für die Agrarkapitalisten äußerst gefährlich, wenn ihr Organ feststellen muß:

„Diese Bestrebungen (Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung, D. Red.) haben in gewissen Kreisen der Bauernschaft die mißverständliche Auffassung hervorgerufen, daß die Kommunisten sich mit ihr zu verbrüdern und die Herrschaft über den Besitz zu teilen gedenken. Und man hört schon hier und da in kleinbäuerlichen Kreisen die Frage erörtern, ob denn die Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-Republik nicht erstrebenswert wäre, um aus den gegenwärtig unhaltbaren inner- und außenpolitischen Verhältnissen heraus und zu normalen Zuständen zu kommen."

Wir sind der Ansicht, daß die kleinen Bauern bald aus der Erörterung der Frage herauskommen werden, um sie in die Tat umzusetzen, — trotz des Gebells der Agrarkapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Lakaien!

Beschlagnahme von Lebensmitteln

Die Arbeit der Kontrollausschüsse in Sachsen bringt die großagrarische Presse ganz aus dem Häuschen. Die Erzwingung von Lebensmittelbeschlagnahmen und Verkauf der Lebensmittel zu erschwinglichen Preise durch die Kontrollausschüsse läßt die Volksauswucherer und ausplünderer in heller Wut aufschreien. Große Listen veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung" täglich über das Eingreifen der Kontrollausschüsse, was nach großagrarischem Sprachgebrauch „Plünderung" genannt wird.

Ins Auge fallend ist bei den von der „Deutschen Tageszeitung" aufgestellten Listen, daß es sich durchweg um Beschlagnahmen bei Gutsbesitzern, meist Rittergutsbesitzern, handelt. Das ist besonders schmerzlich für die Agrarkapitalisten, denn damit kann man nicht die Kleinbauern gegen die Arbeiter hetzen. Die Kleinbauernschaft erkennt vielmehr selbst, daß es notwendig ist, eine scharfe Kontrolle über die Großgrundbesitzer durch Organe der arbeitenden Bevölkerung durchzuführen. Die Kontrollausschüsse schaffen damit die Grundlage für das gemeinsame Zusammenwirken der Arbeiter und kleinen Bauern, die Grundlage zum Kampf für die „Arbeiter- und Bauern-Regierung".

Kleinbauern müssen ihre Steuern zusammenbetteln

Ein krasses Bild über die Lage der kleinen Bauern zeigt ein Bericht eines unserer Parteigenossen aus Neustettin (Pommern). Darin heißt es:

„Am Sonntag, dem 26., kam mein Schwager zu mir und ersuchte mich, ihm 6 Millionen Mark zu pumpen, damit er seine Steuer vollends bezahlen könne. Mein Schwager ist Besitzer von 35 Morgen Land, größtenteils schlechter Sandboden, er kann bei den heutigen hohen Preisen für Industrie- und Kolonialwaren und bei den ihm auferlegten hohen Steuern kaum die Existenz seiner Familie sichern. Wie er mir sagt, wird unter der Kleinbauernschaft sehr eifrig das Problem der Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung erörtert, damit endlich nicht mehr die Kleinen große Steuern bezahlen müssen und die Großen kleine Steuern, damit endlich dem Wucher Einhalt geboten wird."

Die proletarische Klasse streckt diesen bedrückten kleinen Bauern seine hilfreiche Hand entgegen, indem es kämpft für die Arbeiter- und Bauern-Regierung. Das Bauerntum wird diese Hand nicht zurückweisen sondern wird entschlossen sich den proletarischen Kampfreihen anschließen.

Neue Zwangswirtschaft?

Nach der Meldung eines Telegraphenbureaus haben die sozialdemokratischen Landesregierungen von Thüringen, Anhalt, Braunschweig und Sachsen beim Reichsernährungsminister beantragt, als Notmaßnahme erneut eine Getreide- und Kartoffelumlage in Höhe von mindestens vier Millionen Tonnen durchzuführen.

Mit diesem Antrag kann man einverstanden sein, wenn klar festgelegt werden muß, daß landwirtschaftliche Betriebe unter 20 Hektar von der Umlage befreit werden und die ganze Umlage gelegt wird auf die Schultern der Großbauern und Großgrundbesitzer. Ferner muß klar ausgesprochen werden, daß die Kontrollausschüsse zusammen mit den Gutsräten eine scharfe Kontrolle sowohl über Ablieferung, wie über Anbau und Preise ausüben müssen, wenn eine Umlage nicht von vornherein ein totgeborenes Kind sein soll. Dazu hat aber die Hilferding-Stresemann-Regierung weder den Willen noch die Macht. Nur eine Arbeiter- und Bauern-Regierung wird hier in der notwendigen Weise durchzugreifen vermögen.

Wo bleibt die sozialdemokratische Bodenreform?

Mit großer Aufmachung hat vor wenigen Monaten das sozialdemokratische Zentralorgan mitsamt der sozialdemokratischen Provinzpresse einen Bodenreformantrag der WSPD. verkündet. „Land dem Volke!" hieß die Parole. Den kleinen, landarmen Bauern wurde Siedlungsland in Aussicht gestellt.

Heute, wo sozialdemokratische Minister mit Stresemann zusammen die Regierung bilden, sind die landbringenden Götter verschwunden. Nichts ist in den „programmatischen" Erklärungen der sozialdemokratischen Minister über diese Frage enthalten. Im Gegenteil, die WSPD. posaunt heute in die Welt hinaus, alle Bauern, ob groß oder klein, sind Wucherer, mit denen gibt es keine Verbindung — außer mit den Großgrundbesitzern in der Koalitionsregierung.

Die Bauernschaft, die nach Land hungert, sieht sich wieder einmal betrogen. Sie muß erkennen, daß nicht nur die Kapitalisten, sondern auch deren sozialdemokratische Lakaien, nichts als leere Worte für sie übrig hat. Nur an der Seite des revolutionären Proletariats können die landarmen Bauern und Siedler ihre berechtigten Forderungen sich durchsetzen.

Generalversammlung des DLV.

Der Hauptvorstand des DLV. hat die dritte Generalversammlung auf den 17. September nach Magdeburg einberufen. Trotzdem die Siebung der Delegierten schon in Kreis- und dann in Gaukonferenzen vorgenommen wurde, wird sich die kommende Generalversammlung nicht über eine Reihe von Anträgen hinwegsetzen können, die sich gegen die Diktatur der Schmidt und Konsorten richten. Selbst eine Reihe der gesiebten Kreiskonferenzen haben Anträge angenommen, die mit aller Schärfe die Beseitigung der Arbeitsgemeinschaft, die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Landarbeiter, die Wahl der Angestellten durch die Mitglieder sowie schärfsten Kampf gegen die Technische Nothilfe fordern.

Wie stark der Wille der DLV.-Mitglieder für die Durchsetzung dieser Forderungen ist, zeigte die am 19. August stattgefundene Gaukonferenz des DLV. in Magdeburg. Georg Schmidt und der Gauleiter Brandenburg schimpften wie Rohrspatzen auf die verfluchten Kommunisten, nannten die Oppositionsbewegung eine Strolchenbewegung. Dies konnten die Herrschaften sich erlauben vor einer Konferenz, zu der nur die allerreuesten Anhänger des Gauleiters Brandenburg geladen wurden. Wie es aber draußen unter den Mitgliedern steht, das hat der famose Strolchen-Brandenburg in einigen Sätzen deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Was soll man zu einer Mitgliedschaft sagen, die gewarnt wurde Tag für Tag und doch jenen Leuten vom Fünfer-Ausschuß ins Garn ging? . . . Wenn gegen die verbrecherischen Elemente nicht anders vorgegangen wird von den Kollegen, dann bedanken sich die Kreisleiter dafür, ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Das lassen wir uns nicht mehr länger gefallen, wie es in letzter Zeit gewesen ist (Brandenburg denkt an seine Prügel! D. Red.) Wofür laufen unsere Landarbeiter jenen unverantwortlichen Leuten nach?"

Das ergibt für jeden Denkenden ein klares Bild über die „Verwurzelung" der DLV.-Bureaukratie unter der Landarbeiterschaft. Daraus ist erklärlich, warum selbst diese Konferenz entgegen den statutarischen Bestimmungen beschloß, daß Brandenburg sich zur Wahl stellen müsse. Es war vorauszusehen, daß Brandenburg das Vertrauen erhielt. Insoweit ist die Abstimmung eine famose Sache gewesen. Aber darüber hinaus zeigt diese Abstimmung, daß der Druck der Mitglieder ausreichte, um die Wahl des Angestellten, ein klein wenig das Prinzip der Arbeiterdemokratie zum Durchbruch zu bringen. Diese Tatsache muß unsere Genossen und die gesamte oppositionelle Landarbeiterschaft aufs neue anspornen, um in Zukunft auch der willkürlichen Zusammensetzung von Kreis- und Gaukonferenzen entgegenzutreten und jedes Mal die Wahl der Delegierten zu den einzelnen Konferenzen durch die Mitglieder zu fordern. Es kommt auf die Aktivität der Mitglieder an, inwieweit die kommende Generalversammlung ihren Willen trotz aller Regie des Hauptvorstandes gerecht werden muß.

Sie rühmen sich mit der Verbandszerstörung

Der Hauptvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes hat in den letzten Jahren zweifellos den Rekord im Ausschließen oppositioneller Mitglieder erreicht. Ganze Bezirke mit Tausenden von Mitgliedern wurden herausgeworfen, weil die Mitglieder für die „Vernunft" des Georg Schmidt nicht zugänglich waren. Die dadurch entstandene ungeheure Zersplitterung und Schwächung der Landarbeiterfront betrachtet dieser Georg Schmidt noch als eine besondere Heldentat. Laut sozialdemokratischer „Landpost" vom 25. August 1923 erklärte Georg Schmidt auf der am 19. August in Halberstadt stattgefundenen Gaukonferenz des Gaues Magdeburg folgendes:

„Wenn alle Veranstreden nichts nützen, müssen die Kollegen durch Schaden klug werden. Der Vorstand bedankt sich dafür, das zu tun, was von außen in den Verband hineingetragen wird. Hätten auch andere Gewerkschaften es dem Deutschen Landarbeiter-Verband gleichgetan und die unsauberen Elemente hinausgeworfen, stände es heute besser um die deutsche Gewerkschaftsbewegung."

Wie gut die Methode des Georg Schmidt für die Gewerkschaftsbewegung ist, dafür zeugt folgende Tabelle des Mitgliederrückgangs im DLV.:

Sommer 1920	860 000 Mitglieder
Ende 1921	626 000 Mitglieder
heute rund	350 000 Mitglieder

Diese Zahlen bedürfen keines weiteren Kommentars.

Gegen die arbeitsgemeinschaftliche DLV.-Bureaukratie

Die DLV.-Ortsgruppe Utzedel (Pommern) hat einstimmig eine Resolution angenommen und als Antrag für die kommende Generalversammlung an den Hauptvorstand übermittelt, in welcher der DLV.-Bureaukratie das schärfste Mißtrauen über die bisherige Tätigkeit ausgesprochen wird. Weiter fordert die Resolution schärfsten Kampf gegen Technische Nothilfe, Ausschluß aller, die die Teno unterstützen (die WSPD. bewilligte die Mittel zur Finanzierung für die Teno), Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft, Wiederaufnahme der oppositionellen Kollegen, Abänderung des Statuts zum Zwecke der Demokratisierung des DLV.

Siavus

8] Siebzehn Geschichten von Maria Szucsich

Ich antwortete auf seine Frage nicht, denn ich antworte immer mit der Zeit.

Endlich gelangten wir vor den Weisen des Landes. Er saß auf einem hohen Thron, so daß sein Kopf die Zimmerdecke berührte.

„Beugt das Knie vor mir!" — befahl der Weise

Ich jedoch beugte das Knie nicht, und mein Gefährte tat es ebenfalls nicht.

„Sage mir" — fragte er — „wie vermöchte ich die Gunst des Schahs zu gewinnen?"

Der Weise hob die Augen zum Himmel und sprach:

„Forsche, o Sterblicher, nicht nach dem Geheimnis der Geheimnisse!"

Sonst sagte er kein Wort. Da erklärte ich:

„Wenn uns der Weise keinen weiseren Rat gibt, so wollen wir den Narren des Landes aufsuchen."

Und wir machten uns auch schon auf den Weg.

Der Narr saß am Ufer eines Flusses und angelte.

Mein Begleiter fragte ihn:

„O Narr des Landes, sage mir, wie vermöchte ich die Gunst des Schahs zu gewinnen?"

Der Narr lachte über die Frage und sprach:

„Reinige vom Schmutz den goldenen Schuh des Schahs!"

Wir staunten über seinen Rat, aber der Narr wiederholte:

„Reinige vom Schmutz den goldenen Schuh des Schahs!"

„Ein Narr spricht närrisch!" — meinte mein Begleiter, ich jedoch ermutigte ihn, den Rat des Narren zu befolgen.

Es war schon dunkler Abend und deshalb suchten wir unser Obdach auf. Am nächsten Tag erhoben wir uns zeitig, verkauften unsere Gewänder, denn wir waren sehr hungrig und hatten kein Geld. Nachdem wir gegessen hatten, begaben wir uns im bloßen Hemd, ärmlich, vor den Palast. Der Platz war bereits vollgestopft mit strahlend gewandeten Soldaten, die auf den Schah warteten. Die Palastwache stieß die Armen zurück, damit sie mit ihren Lumpen nicht die Augen des Schahs verletzen. Die Rosse der Soldaten und Hofleute jedoch benahmen sich höchst ungezieментlich und beschmutzten den sorgfältig gefegten Platz. Da kam durch das angelweit geöffnete Tor des Palastes in weißem Seidengewand und prachtvollem Turban der Schah geschritten. Und in seiner Zerstreutheit trat er mit dem goldenen Schuh in den Schmutz, den die Rosse zurückließen.

Unter den Hofleuten entstand maßloser Schrecken. Sie zappelten mit Händen und Füßen, rannten kopflos fort, um neue Schuhe zu bringen. Der Schah aber wandte sich voll Ekel von seinen beschmutzten Schuhen ab und wartete, daß ihm geholfen würde.

Da flüsterte ich dem Gefährten die Worte des Narren ins Ohr.

Dieser stand mit einem Satz vor dem Schah, riß sich das Hemd vom Leibe und reinigte damit die beschmutzten Schuhe des Schahs. Dies sehend, umarmte ihn der Schah zärtlich und sprach mit erhobener Stimme, auf daß jeder es vernehme:

„Seht! Während Ihr ratlos dastandet oder forteiltet, um mir andere Schuhe zu bringen, demütigte er sich und reinigte mir mit seinem letzten Hemd den Schuh. Er ist mein Freund, und ich beschenke ihn mit meiner Gunst! Gebt ihm kostbare Gewänder, von den schönsten Rossen, von den flinksten Kamelen, gebt ihm Land, Gold und Kostbarkeiten. Und hier mein Säbel, nimm ihn hin. Du sollst fürderhin mein höchster Würdenträger sein!"

Mein Gefährte nahm den Säbel in Empfang, aus seinen beiden Augen schossen die Flammen, seine Stimme klang in die Ferne:

„Schah! Wenn Dir mein Schmeicheln genügt und es Dich nicht nach meinem Wissen verlangt, wenn Dir meine Demut genügt und es Dich nicht nach dem Menschen in mir verlangt, dann verlangt es mich nicht nach Deiner Gunst. Ich schäme mich dessen, daß Du mein Herr bist!"

Und er stieß sich den Säbel in die Brust und starb auf der Stelle.

Der Schah wies auf den Toten und sagte:

„Hier liegt der dümmste Mann meines Landes, der ohne Schmeichelei und Demütigung die Gunst des Schahs gewinnen wollte!"

Dann verschwand er mit seinen Soldaten und Hofleuten im Palast.

Ich aber holte meinen lebenspendenden Balsam hervor, rieb damit die Wunde des Toten ein und erweckte ihn wieder zum Leben.

„Weshalb willst Du, daß ich in einer so schmachvollen Weltordnung lebe, wie sie hier im Lande des Schahs herrscht?" — fragte er lebensmüde.

„Du mußt leben, weil die künftige Menschheit Deiner bedarf. Wir müssen unter allen Umständen den Fisch retten, dürfen aber nicht vergessen, daß der Fisch beim Kopf zu faulen beginnt!"

Er verstand, was ich meinte, stand auf aus dem Staub der Straße, wohin ihn der dumme Hochmut des Schahs geschoßen hatte. Er schnürte sein Bündel um, wanderte von Land zu Land und half jene Weltveredlung verbreiten in der die Menschen ihres wirklichen Wertes wegen geschätzt werden."

Die Bewohner der Hütten sprachen:

„Erkläre dem blinden Manne, was er aus Deinem Märchen lernen soll!"

Siavus willfuhr ihrer Bitte:

„Er soll auch auf sich das beziehen, was ich dem Erfinder sagte. In diesem Märchen versinnbildlicht der Schah den Kopf des Fisches, der Weise versinnbildlicht das Volk, das nicht nachzudenken wagt und in Allem, auch im Hochmut, den Schah nachäfft, also den Körper des Fisches bildet, der Erfinder versinnbildlicht jene Toren, die da glauben, die Gunst der Mächtigen werde die Armen aus ihren Nöten erretten, ich aber war der, der es aussprach, daß der Fisch beim Kopf zu faulen beginne und daß man daher den Kopf abschlagen müsse."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint werktags. Bezugspreis frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschf. f. d. Bez. Halle-Merseburg e. G. m. b. H. Halle. Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045 1047 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 65000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 400000 M. für Reklame, ansch. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto Leipzig 105848. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 50000 Mk. | **Freitag, den 31. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 203**

Die VSPD. kapituliert vor dem Faszismus

Sozialdemokratische Reichsexekutive gegen Sachsen

(Eig. Drahtm.) Dresden, 31. August.

Hier fand eine Konferenz von leitenden sozialdemokratischen Parteiführern mit dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner statt. Die sozialdemokratische Delegation wurde vom Parteivorsitzenden Wels geführt, der Zeigner aufforderte, sich mit aller Schärfe gegen die Kommunisten zu wenden. Es gehe nicht an, daß Sachsen die Kommunistische Partei weiter arbeiten lasse, wenn in Preußen, Hamburg, Württemberg und Bayern in schärfster Weise gegen die Kommunisten vorgegangen werde.

Zeigner gab bindende Zusicherungen, daß er sofort mit einem Unterdrückungsfeldzug gegen die Kommunisten vorgehen werde.

*

Die Exekutive des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung Stresemann gegen die bisher von den Kommunisten gestützte Regierung Zeigner ist das Resultat der Besprechungen, die kürzlich der Reichskanzler Stresemann mit dem Ministerpräsidenten der bayrischen Faszisten-Regierung Knilling hatte. Zum Besuche Stresemanns bei Knilling legte damals das offizielle Organ der bayrischen Regierung, die „Staatszeitung", in einem Artikel zur Begrüßung Stresemanns in Mittenwald ein hochtönendes Bekenntnis zur „Einheit des Reiches" ab. Wie dieses Bekenntnis aufzufassen war, legte das Blatt Knillings in zwei Sätzen dar: **„Innerpolitisch wird es vor allem darauf ankommen, daß es Stresemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite (den Sozialdemokraten, d. Red.). Wenn die Reichsregierung die Spuren des bayrischen Ministerpräsidenten wandeln werde, würde Deutschlands Not bald ein Ende haben."** In dem offiziellen Kommuniqué, daß tags darauf über die Besprechungen in Mittenwald herausgegeben wurde, hieß es alsdann:

„Im Vordergrund standen bezüglich der inneren Politik Erörterungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der augenblicklichen Notlage unverzüglich getroffen werden müßten. Dabei wurden in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt."

Das hallische „Volksblättchen" schrieb damals außerordentlich „weise": „Wir werden abwarten, wie sich die „grundsätzliche Uebereinstimmung" auswirken wird." Die Auswirkung ist jetzt in unzweideutiger und greifbarer Form da. Stresemann hat sich „gegen die andere Seite im Kabinett", gegen Hilferding, Sollmann, Robert Schmidt und Radbruch, durchgesetzt. Nicht allein die vier sozialdemokratischen Kartenkönige in der Reichsregierung, auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat **vor der bayrischen Faszisten-Regierung kapituliert.** Die Reichsregierung wandelt die Spuren des bayrischen Ministerpräsidenten". Die Auflösung des Reichsausschusses und des Berliner Fünfzehner-Ausschusses der Betriebsräte, die Beschlagnahme der „Roten Fahne", die Verbote einer Reihe von kommunistischen Blättern und die Massenverhaftung von oppositionellen Betriebsräten und Funktionären der KPD., das alles sind die Methoden der Faszistendiktatur in Bayern, die im Reiche unter dem schönen von Hilferding erfundenen Namen „Diktatur der Mehrheit" geht.

Die Exekutive, die jetzt der Vorsitzende der VSPD. Wels mit, wie die „DMZ." triumphierend berichtet, „an leitender Stelle des Reiches stehenden Personen" durchgeführt hat, vervollständigen nur die Kapitulation vor dem bayrischen Faszismus. Auch Zeigner, die Regierung der „Links"sozialdemokraten, ist vor dem Faszismus zu Kreuze gekrochen. **Mit dem „kommunistischen System" in Sachsen wird aufgeräumt. Bayern ist im ganzen Reiche Trumpf!**

Welchen Sinn hat die offene Kapitulation der VSPD. vor dem Faszismus und die Zeigners vor den rechten Führern der VSPD? Die Sozialdemokratie, zu feige, den Kampf mit den Kapitalisten, den Großagrariern und ihren faszistischen Garden aufzunehmen, ist in die Große Koalition gegangen, um als die letzte Reserve der Bourgeoisie die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft zu retten. Die Sozialdemokraten glauben die „Einheit des Reiches" und sich selbst vor der offenen Faszistendiktatur zu retten, indem sie selbst eine Diktatur errichten, die trotz aller Phrasen und Schwindeleien von „drakonischen Maßnahmen" zur Gesundung der Finanzen im „Interesse der Mehrheit" nichts anderes als eine anonyme Diktatur der Faszisten ist.

Die „Diktatur der Mehrheit" ist die Faszistendiktatur mit sozialdemokratischer Etikette, sie wirkt sich aus als eine **neue Noskediktatur gegen das Proletariat!**

Die armen Schächer von Regierungssozialdemokraten glauben die Einheit des Reiches und die Bourgeoisie zu retten. Sie halten den Zerfall, den der Wirtschaft und des Reiches, nicht auf. Keine noch so brutale Schikanierung der KPD., ihrer Presse und des gegen den Hunger rebellierenden Proletariats gibt den Kapitalisten Veranlassung, auch nur die geringsten Leistungen für den bankrotten Staat aufzubringen. Sie sabotieren weiter. Die Ankündigungen der bayrischen Unternehmer und des Bauernführers Dr. Heim lassen keinen Zweifel darüber. Sie wollen den Lohnabbau, die Verlängerung der Arbeitszeit, die massenhafte Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, kurzum, die nackte brutale Faszistendiktatur. Das hungernde Proletariat aber ist längst ausgebeutet bis zum letzten, aus ihm ist nichts mehr herauszuschinden, wenn anders es nicht zur Rebellion getrieben werden soll.

Die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Faszismus schafft klare Bahn. Der Umfall der linkssozialdemokratischen Zeigner-Regierung wird die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter auch von den letzten Illusionen befreien. In dem Maße, in dem die neue Noskediktatur die Kommunistische Partei drangsaliert und die schaffenden hungernden Massen büttelt, werden die Massen der VSPD.-Arbeiter zur Kommunistischen Partei stoßen und unter ihrer Führung kämpfen, vielleicht nicht mehr für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung, sondern für die Beseitigung der Noskediktatur gegen das Proletariat und ihre Ersetzung durch die **Diktatur des Proletariats!**

proletarischen
Sachsen

ung)

Zwickau, 31. August.

er politischen und tech-
wehrformationen von
de Beschlüsse:
e einzuleiten, um in
r politischen Bezirks-
rmationen von ganz

nd KPD. werden auf-
eskonferenz der prole-

n das Reich
t Stillegung ihrer

ünchen, 30. August.

zur augenblicklichen
er betont wird, daß
Besserung der gegen-
ern eine Verschärfung
ituursache läge in der
es deutschen Volkes,
ilig sei. Selbst die
e Mittel für diesen
ch in diesem Augen-
ge. Der Erlaß der
neuen Steuergesetzgebung sei ohne Befragung der Länderregierungen und ohne genügende Heranziehung der wirtschaftlichen Organisationen in übersürzter Eile aufgestellt worden. Die Regierung müsse sich klar werden, ob sie auf der **Bezahlung der Steuern bestehe,** damit die Wirtschaft **stillege,** oder ob es ihr zweckmäßiger erscheine, den Unternehmern die **Mittel zur Bezahlung der Löhne und Gehälter** und zur Anschaffung der für den Betrieb notwendigen Produktionsmittel zu belassen.

Dr. Heim kündigt die Ablösung Bayerns vom Reich an

(Eig. Drahtm.) München, 30. August.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß der bayrischen Landes-(Groß)-bauernkammer hat auf Antrag des Präsidenten, Dr. Heim, einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß die Steuergesetzgebung, die durch die letzten Reichstagsbeschlüsse eingeleitet wurde, brutal, ungerecht und in ihren Auswirkungen für den Mittelstand verhängnisvoll sei. Sie schädigt aufs schwerste die landwirtschaftliche Produktion, da sie die Landwirtschaft zwingt, ihre Betriebsmittel der Produktion zu entziehen. Das müsse in kürzester Zeit zur Ernährungskrise und Katastrophe führen. Sie richtet an die bayrische Landesregierung und an den Landtag das Ersuchen, der aberwitzigen Steuerpolitik des Reiches Einhalt zu gebieten. Vor allem sind die Steuertermine und der Mangel hiesiger Bestimmungen zur Milderung der Steuerhärten unerträglich.

*

Herum das Steuer!

Der Pommerische Landbund, Stettin, erläßt einen Aufruf, in dem er fordert: „Die sofortige Aufrollung der Kriegsschuldfrage, Revision des sogenannten Versailler Vertrages und vorbehaltlose Befreiung von Ruhr und Rhein. Er verlangt ferner eine auf unbedingt nationaler und gesunder wirtschaftlicher Grundlage stehende Reichsdiktatur. Mit der Machtvollkommenheit, die sie unabhängig von Rücksichten täglicher Art auf Parlamente und Parteien hinstellt und sie zu ungehemmter Ausübung ihrer heute so ungeheuer verantwortlichen Aufgaben macht." Der Aufruf ist gezeichnet: v. Flemming, Senftert, v. Dewitz.

Der Pommerische Landbund ist also noch nicht zufrieden mit der Stresemann-Diktatur gegen das Proletariat. Er will noch höhere Preise für seine Erzeugnisse und noch brutalere Unterdrückung der Land- und Industriearbeiterschaft. Auch wir sind für die Parole: „Steuer herum!", aber nicht nach rechts, sondern nach links.

10 Uhr vorm.: Dollar 11 500 000 Mk.

Noske, Severing, der „Hochverrat" und die Regierung des Mondes

Die Koalitionsregierung der „inneren Konsolidierung" steuert genau den Kurs, den sie steuern muß: den Noskekurs.

Das letzte Bollwerk der Bourgeoisie, „der letzte Pfeil im Köcher Deutschlands" (d. h. des bürgerlichen Deutschland), wie sich Kaustky ausdrückt, weiß, was sie ist und was sie zu tun hat.

Da sie den Hungernden kein Brot geben kann, da sie ihre bankrotten Finanzen immer toller ruinieren wird, da sie „Arbeiterführer" benutzt, um die revolutionäre Welle abzudämmen, so muß sie — und sie wird es — die revolutionären Arbeiter bekämpfen, ihre Organe und Organisationen stören und womöglich zerstören, ihre Vertreter einsperren, „auf der Flucht" erschießen lassen; sie werden, je mehr die Welle steigen wird, desto mehr zu Weißem Massenterror greifen. Ihre Organe werden nicht nur Polizei, Gerichte, Spitzel, Reichswehr sein — sie werden zwangsläufig in Einheitsfront mit den faszistischen Mörderorganisationen geraten, nur um die wachsende Einheitsfront des Kampfes gegen das bankrotte System und seine Preiskämpfer zu zerschlagen.

Diese Aktionen werden geleitet von den reformistischen Gewerkschaftsführern und den bankrotten Helden der VSPD.

Sie sind es, die ihre Polizeiminister gegen die Betriebsräte mobilisieren, denn sie wissen, daß die Betriebsräte die revolutionären Klassenkampforgane des Proletariats sind.

Sie sind es, die der Polizei sogar die Listen der kommunistischen Funktionäre geben, die sie verhaftet haben wollen: das beweist die vom „Vorwärts" veröffentlichte Liste der angeblich in Berlin verhafteten Funktionäre der KPD., welche — nicht verhaftet wurden.

Sie sind es, die die von den Agenten der Abteilung Ia gestohlenen Protokolle so herrlich „auswerten", wie das der amtliche Preußische Pressedienst tut.

Sie, die Verräter des Proletariats; sie, die Lakaien der Großbourgeoisie; sie, die genau wissen, daß die revolutionäre Welle, die nur mit der Diktatur der Mehrheit, der proletarischen Klassendiktatur, zum Stillstand kommen wird, sie wegspülen wird; sie, die genau wissen, daß ihre Koalition kurzlebig ist und, wenn nicht durch die revolutionäre Regierung der Arbeiterklasse, so durch die Weiße Diktatur der Faszisten abgelöst wird — sie beginnen ihren Feldzug gegen die Betriebsräte und die KPD., weil sie wahrhaftig glauben, auf diese Art, ganz wie Wilhelm und seine Generale 1918 und Kerenski und seine menschewistischen Handlanger 1917, die Revolution aufhalten zu können.

Sie versuchen, die Aufgabe, für die sie bezahlt und von der Großbourgeoisie benutzt werden, mit allen Mitteln zu lösen, obwohl sie genau wissen, daß sie auf dem Misthaufen enden werden als Verräter des Proletariats und als Verräter ihrer Herren, der Stinnes und Ko.

Sie beginnen jetzt, nach guter Noske-Art, einen großzügigen Feldzug gegen die KPD. Sie stören die KPD.-Presse, um ihren bankrotten Zeitungen Abonnenten wieder zu sichern. Sie verhaften kommunistische Funktionäre, um die Bewegung kopflos zu machen. Sie werden das Proletariat mit Handgranaten und Maschinengewehren bearbeiten lassen durch legale und illegale Faszistenbanden — und sie werden gar nichts erreichen: denn sie können nichts tun, als einzelne, als Hunderte, Tausende herausgreifen, totschießen, aber sie können der deutschen Bevölkerung nichts zu essen geben, sie lassen die Arbeiter auf die Straße werfen, sie „stärken" die wacklige Herrschaft der Bourgeoisie — und graben ihr damit ihr Grab.

An demselben Tage, an dem der tüchtige Herr Hilferding den Dollar bereits wieder bis auf 8 Millionen hinaufstabilisiert hat, veröffentlicht die gesamte Presse gar gruselige Auszüge aus den bei der Berliner Bezirksleitung der KPD. gestohlenen Protokollen, in denen wahrhaft entsetzliche Dinge enthalten sind.

Ist es nicht geradezu toll, daß die KPD. voll und ganz hinter der Betriebsrätebewegung steht? Das ist geradezu unverzeihlich: denn Herr Severing will am liebsten die „in der Verfassung verankerten" Betriebsräte verbieten, damit die arbeitsgemeinschaftlerischen Gewerkschaftsbonzen auch weiterhin den Klassenkampf so gut wie bisher führen können mit Graupeninder, Streikbruchorganisation, Regierungsplakaten und nassen Hosen.

Und ist es nicht vollendeter „Hochverrat", wenn die Kommunisten, die, im Gegensatz zur sogenannten zweiten (Minister)-Internationale den Internationalismus ernst nehmen; zur Sicherung des Kampfes des deutschen Proletariats die Arbeiterschaft in Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei mobilisieren wollen, damit die imperialistischen Machthaber sich nicht über Deutschland stürzen können? Natürlich ist das „Hochverrat", während die interessanten Verhandlungen des Stinnes und Krupp und der Regierungsorgane, die sich um die Abtretung deutschen Gebiets, deutscher Bahnen, Bergwerke, Zölle drehen, „vaterländische" Taten sein müssen!

Und ist es nicht ganz toll, wenn scherzweise gesagt wird, die hungernde, verelendete Bevölkerung Deutschlands habe bereits so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230831-14/fragment/page=0007